



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2018/2021
15. Sitzung	Donnerstag, 23. September 2020 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Daniel Jenni, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Sandra Hehli Nadine Meier
Anwesend	40 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Thomas Zumsteg
Entschuldigt	-/-
Ende der Sitzung	23.30 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2020/18	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	2
2	2020/19	Verpflichtungskredit von CHF 11'594'000 für einen Schulhausneubau Goldiland	2
3	2020/20	Verpflichtungskredit von CHF 597'000 für die Umsetzung des IT-Konzept Schule	9
4	2020/26	Dringliches Postulat der SP-Fraktion: Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)	11
5	2020/21	Verpflichtungskredit von CHF 129'240 für eine neue Funkinfrastruktur der Feuerwehr	12
6	2020/22	Aufgaben- und Finanzplan 2021 - 2025	17
7	2020/23	Budget 2021	22
8	2020/24	Termine 2021	36
9	2020/25	Umfrage	36

Daniel Jenni, Präsident: Ich begrüsse euch zur 15. Einwohnerratssitzung von der laufenden Legislatur. Die Unterlagen wurden per E-Mail zugestellt, wir arbeiten nicht mehr postalisch. Bei den Geschäften Schulhausneubau Goldiland und IT-Konzept Schule gab es am 9. September 2020 eine umfangreiche Infoveranstaltung. Dafür danke ich Linus Egger, Vizeammann, ganz herzlich. Maskenpflicht haben wir keine. Die Mindestabstände werden eingehalten. Es hat sich niemand entschuldigt, André Kummer wird später kommen und Mara Jenni ist noch im Stau. Das heisst, wir sind zurzeit 37 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr beträgt somit 19.

1 2020.18 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Daniel Jenni: Zum **Formellen:** Haben wir nichts.

Zu den **Mitteilungen:** Wir haben eine Mitteilung.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich möchte euch informieren, dass beim Gemeinderat eine Petition von Einwohnerinnen und Einwohner eingegangen ist. Es sind 48 Personen, welche unterschrieben haben. Bei der Petition geht es darum, dass die Gemeinde ihr Engagement bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager in Moria, eine griechische Insel. Der Gemeinderat soll Bereitschaft signalisieren, Flüchtlinge von Moria aufzunehmen. Der Gemeinderat wird die Petition an der nächsten Gemeinderatssitzung behandeln.

Daniel Jenni: Neueingänge: Motion FDP, Neu haben wir auch ein dringliches Postulat, welches Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann, schon erwähnt hat, es geht darum Flüchtlinge aus dem Lager in Moria aufzunehmen. Ich hatte noch keine Zeit es zu lesen. Ich würde vorschlagen, dass wir das nach der Pause anschauen. Wenn jemand anderer Meinung ist, soll er sich melden.

Zum Protokoll: Das Protokoll wird an der nächsten Sitzung genehmigt.

2 2020.19 Verpflichtungskredit von CHF 11'594'000 für einen Schulhausneubau Goldiland

Eintreten wird nicht bestritten.

Daniel Jenni: Die Einsitznehmenden sind Christoph Kratzer, Bauherrvertretung und Bruno Gletting, Gesamtschulleiter.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir haben bereits eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Die meisten von Ihnen waren anwesend. Ich denke die wichtigsten Informationen haben Sie dort erhalten. Trotzdem möchte ich noch ganz kurz ein paar Punkte in Erinnerung rufen. Zuerst ganz kurz zur Begründung, weshalb ein neues Schulhaus benötigt wird. Wir haben steigende Schülerzahlen und entsprechend steigt auch die Anzahl der Schulklassen. Das hat uns Bruno Gletting sehr gut vor Augen geführt. Wir haben neu auch moderne Unterrichtsformen, d.h. der Unterricht findet nicht nur frontal in Unterrichtsform statt, sondern es werden auch andere Unterrichtsformen geführt. Wir haben zudem einen neuen Lehrplan, mit neuen Fächern und neuen Studentafeln. Die bestehenden Schulhäuser sind überbelegt, dies können Sie in Ihren Unterlagen entnehmen. Kurz gesagt, die Schulhäuser sind voll. Wir haben keinen Platz mehr. Im Jahr 2023 müssen, aufgrund der zunehmenden Schülerzahlen, zwei neue Schulklassen gebildet werden. Goldiland ist der Ort vom grössten Schüleraufkommen und es liegt in der Nähe vom Schulhaus OSOS, Turnhalle, dem Schwimmbad und Tagesstruk-

turen. Ausserdem ist das Goldiland von Kirchdorf gut erreichbar. Der Kostenvoranschlag beträgt CHF 11'594'000. Das ist der Kostenstand per April 2020. Aussergewöhnlich an dem Kostenveranschlag ist, dass Kostengenauigkeit +0/-15%. Wir sind sicher, dass diese Preisetikette an dem Schulhaus, auch tatsächlich der Preis ist, welchen wir zahlen müssen. Was die ganzen Angelegenheiten und Abläufe sehr vereinfachen. Und zwar sieht man das auch auf der nächsten Folie sehr gut, die haben Sie bereits gesehen an der Infoveranstaltung. Wir sind hier im September 2020. Sie sehen die gelbe Kurve. Wir sind am oberen Ende der gelben Fläche. Die gelbe Fläche zeigt die Kostengenauigkeit. Je länger das Projekt dauert, desto genauer wissen wir, was der effektive Preis sein wird am Schluss. Sie sehen, auch tendenziell ist davon auszugehen, dass der Preis sinken wird. Dann noch kurz zu den Gründen für die gewählte Bauweise. Wir haben in der Gemeinde Obersiggenthal ein energiepolitisches Programm. Dem Programm ist der Gemeinderat verpflichtet und wir wollen das einhalten. Ausserdem hat die öffentliche Hand als Bauherr eine Vorbildfunktion. Das heisst, wir müssen aufzeigen was möglich ist. Wir müssen möglichst Energieneutral bauen und den Unterhalt gestalten. Wir haben uns für einen Holzbau entschieden. Das hat einen unbezweifelbaren Vorteil auf das Raumklima. Es ist erwiesen, dass es einen sehr starken Wohlfühlfaktor hat. Insbesondere Schüler, welche sich mit dem Lernen auseinander setzen müssen, welche unter Stress stehen, ist das ein Vorteil. Für die Grösse des Untergeschosses, gibt es statische Gründe, auch das haben wir Ihnen bereits dargelegt. Die Räumlichkeiten, wie sie angeordnet sind, sind auf die funktionalen Überlegungen zurück zu führen. Räumlichkeiten, welche angeordnet sind, sind auf die funktionale Überlegungen zurückzuführen. Das neue Schulhaus, welches gebaut werden soll, hat Räumlichkeiten für die ganze Schulanlage dabei, welche auch für eine zweite Etappe dienen. Das sind z. Bsp. Lehrerzimmer, Büro vom Hausabwart und auch Lagerräumlichkeiten. Ausserdem muss die Umgebung bereits in der ersten Etappe genug Platz für Kinder aufweisen. In den Unterlagen von Ihnen, haben Sie eine Aufstellung über Ersparungen. Ich möchte kurz darauf eingehen, was für Folgen die Einsparungen haben. Der erste Punkt ist, das sind geringere Kosten im Rahmen vom Baukredit. Weiter kommt noch dazu, dass wenn wir die Einsparungen wirklich alle umsetzen möchten, dass Energiepolitische Programm von der Gemeinde nicht eingehalten wird. Das heisst, Minergie P wird nicht umgesetzt. Und die Nachhaltigkeit wird nicht vollumfänglich berücksichtigt. Beton hat nämlich im Vergleich zu Holz eine negative CO2 Bilanz. Die Umstellung von der Tragkonstruktion hat eine grundsätzliche Änderung der Konstruktionsidee zur Folge. Der Architekt hat sich sehr viele Gedanken dazu gemacht, wie man das Schulhaus konstruieren soll. Wie die ganzen Zusammenhänge sind. Entsprechend haben auch die Planer gearbeitet. Und wenn das jetzt über Board gekippt wird, dann muss man, wie sie sicher wissen, die ganze Planung wieder neu machen. Und die Idee vom Architekt ist nicht mehr die Gleiche. Einsparung bei der Möblierung führt dazu, dass im Schulhaus diverse Möblierungen vorhanden sind und die Einheit nicht mehr gewährleistet ist. Es kann sogar innerhalb vom gleichen Schulzimmer verschiedene Möbel haben. Ausserdem fehlen somit Ersatzoptionen in anderen Schulhäusern, altes Mobiliar zu ersetzen, wenn etwas kaputt geht. Ausserdem und dass ist ein ganz wichtiger Punkt, die Kostengenauigkeit, welche ich Ihnen vorher erläutert habe, diese sind dann nicht mehr gegeben, was ein sehr wichtiger Punkt ist, weil neu geplant werden muss. Es werden neue Zahlen heraus kommen. Im Rahmen von den Gesprächen wurde ich gefragt, ob man die Holzkonstruktion, die Tragekonstruktion, irgendwo im Schulhaus sieht. Entlang von den Fenstern sehen wir die Tragelemente, welche einerseits sichtbar sind. Hinter der Türe neben dem Fenster hat es eine Säule, die würde man auch sehen. Im Rahmen von der Baukommission haben wir eine Visualisierung gehabt. Das ist nicht so, wie es am Schluss aussieht, aber da sieht man sehr schön, dass auch an der Decke natürlich, die Holzkonstruktion sehr schön sichtbar ist. Genau, soweit nochmal ganz kurz meine Ausführungen. Ich komme zum Antrag. Der Gemeinderat beantragt dem Ewohnerrat, folgendem Beschluss zu fassen: Für den Bau eines Schulhauses im Goldiland (1. Etappe) wird ein Kredit in der Höhe von CHF 11'594'000 (inkl. MwSt.) bewilligt. Ich bitte Sie dem Antrag zuzustimmen.

Christian Buser: Dass die Gemeinde Obersiggenthal in naher Zukunft ein zusätzliches Schulhaus braucht, dass ist unbestritten. Das hat uns die Schulleitung klar zeigen können und das zeigt auch die Prognose von Metron, welche erstaunlich genau übereinstimmt mit der aktuellen Situation. Wir stehen daher vollumfänglich hinter dem Bau von diesem neuen Schulhaus.

Das Projekt erscheint der Fraktion als durchdacht und zweckmässig. Es lässt eine Etappierung zu, berücksichtigt das vorgegebene Raumprogramm, welches sich dem Bedarf orientiert. Es ist kreativ und es stärkt letzten Endes auch die Möglichkeiten vom weitergehenden Nutzbedarfs. Und es ist in der Kombination mit der Kindertagesstätte Goldiland sicher eine Visitenkarte der Gemeinde und ein positiver Standortfaktor. Es ist aber auch unbestritten, dass das Projekt, so attraktiv es auch ist, es gibt Unbehagen, Kosten, 11.5 Millionen, und dass in der finanziellen Situation von der Gemeinde und wir wissen, was wir alles sonst noch schultern müssen. Es gilt daher, zwischen dem Notwendigen und dem Wünschbaren zu unterscheiden. Entsprechend intensiv sind auch die Sparoptionen in der Fraktion diskutiert worden. Den finanziellen Überlegungen, rein von der Schuldenoptimierung der Kosten, gegenüber steht eine Vorbildfunktion, die Frage der Nachhaltigkeit, von der Ressourcennutzung von der Aufenthaltsqualität. Übergeben wir einfach einen riesen Schuldenberg unserer zukünftiger Generation oder sprechen wir auch weitere Themen, wie die Umwelt, mit berücksichtigen. Auch ein guter attraktiver Bau an unsere nächste Generation übergeben. Mit diesem Hintergrund haben wir die verschiedenen Sparoptionen diskutiert. Tragkonstruktion, Beton oder Holz, war die Fraktion geteilter Meinung. Es ist eine signifikante Kosteneinsparung und eigentlich ein Gebot in der aktuellen Situation. Aber das Projekt ist vollumfänglich auf dem Aufbau bordet. Das Umschwenken bringt auch wieder neue Herausforderungen mit sich. Auch wieder Kosten. Holz ist zudem ein nachwachsender Rohstoff. Er ist CO₂-Neutral. Von dem Wohnklima haben wir auch schon gehört, nichts desto trotz, sind wir nicht zu einer klaren Meinung gekommen. Wir haben daher entschieden: Der Mehrnutzen einer zusätzlichen Dämmung steht aus Sicht der Fraktion in einem Missverhältnis zu den zusätzlichen Kosten. Dies zeigt auch ein Blick in den Rechenschaftsbericht 2019. Das Goldiland als Minergie P Bau steht hier nicht an der Spitze mit klarem Abstand zu den anderen Bauten, sondern listet sich in die Reihe der anderen Bauten ein, auch wenn man die unterschiedlichen Nutzungen mitberücksichtigt. Aus diesem Grund haben wir gefunden, dass macht eigentlich keinen Sinn, machen wir lieber die Option, mit offen halten. Mit der Beschaffung vom Mobiliar, welches man so frei bekommt, altes Mobiliar ersetzen, beziehungsweise reparieren. Zusammengefasst, das Vorhaben werden wir unterstützen, wir wünschen aber die die Kosteneinsparung bei der Dämmung, und wir möchten gerne das Thema der Tragkonstruktion, Holz versus Beton, nochmals diskutieren. Änderungsantrag Nr. 1, Redimensionierung der Dämmung. Nicht zuletzt ist ein Umschwenken auf, ReMinergie Basis vertretbar, da das Gebäude mit Holzschnitzel, einer erneuerbaren, CO₂-neutralen Ressource betrieben wird. Ausserdem ist der Standard Minergie Basis nicht Nichts, sondern auch so ein vorbildliches, den heutigen Anforderungen vollumfänglich entsprechendes Gebäude. In der Frage des Schulmobiliars sieht die Fraktion zwar ein Einsparpotential. Mit dem Wissen, dass auch weiterhin Schulmobiliar ersetzt und erneuert werden muss, wäre dies jedoch lediglich eine Verschiebung der Kostenposition vom Verpflichtungskredit ins ordentliche Budget. Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion die Beschaffung neuer Möbel im Rahmen der Realisierung des Schulhauses Goldiland einstimmig. Das schon vorhandene, noch nutzbare Schulmobiliar kann hierbei als Ersatz von altem, defektem Schulmobiliar genutzt werden. Die CVP-Fraktion wird das Vorhaben grundsätzlich unterstützen, wünscht jedoch, dass die Kosteneinsparung „Dämmung“ wahrgenommen wird, auch wenn dies ein Rückgang auf den Minergie Basis Standard mit sich bringt. Die Frage der Tragkonstruktion soll ebenfalls hier im Rat nochmals diskutiert werden.

Antrag der FDP-Fraktion: Der vorgelegte Verpflichtungskredit von CHF 11'594'000 (inkl. MwSt., Preisstand Juli 2020) für einen Schulhausneubau Goldiland (1. Etappe) ist, um CHF 190'000 auf CHF 11'404'000 zu reduzieren, indem die Gebäudedämmung auf die Anforderungen des Standard Minergie Basis redimensioniert wird.

Antrag der FDP-Fraktion: Der vorgelegte Verpflichtungskredit von CHF 11'594'000 (inkl. MwSt., Preisstand Juli 2020) für einen Schulhausneubau Goldiland (1. Etappe) ist, um CHF 450'000 zu reduzieren, indem die Tragkonstruktion anstelle von Holz konventionell in Massivbauweise ausgeführt wird.

Daniel Gadiant: Die SVP-Fraktion hat das Projekt Schulhausneubau rege diskutiert. Herr Gletting hat uns aufgezeigt, dass es die neuen schulräume braucht. Für uns ist Bildung einer der

Schweizer Grundpfeiler. Wir begrüßen, dass das Schulhaus in zwei Etappen geplant ist. Ebenfalls erfreulich ist, dass unsere abgelehnten Anträge, betreffend Elementbau, schlussendlich im Siegerprojekt vertreten sind. Mit diesem Projekt, kann man den Standort Obersiggenthal wirklich attraktiv machen. Jetzt kommt aber das grosse Aber. Die SVP hat beim Bau von der Kindertagesstätte Goldiland vorgeschlagen, dass man dieses erweiterbar baut. Der Vorschlag wurde abgelehnt, obwohl es nur geringe Mehrkosten verursacht hätte. Jetzt müssen wir zwei Schulhäuser bauen, welche komplett unabhängig von der Kindertagesstätte stehen. Nicht zu vergessen ist auch, dass wir über 4% Steuerfuss diskutieren. Das ist Geld, welches wir momentan nicht haben. Aber trotz den negativen Punkten, steht die SVP Fraktion hinter der Bildung und sagt grossmehrheitlich ja zu diesem Projekt.

Marco Erni: Die SP-Fraktion steht einstimmig und ohne Abstriche hinter dem Projekt. Unsere Überlegungen möchte ich Ihnen gerne aufzeigen. Die Diskussion, ob es ein Schulhaus braucht, haben wir zusammen im Einwohnerrat ja bereits geführt. Vor gut einem Jahr, am 06. Juni 2019 wurde eine halbe Mio. Franken für den Studienauftrag (CHF 550'000) gesprochen. Dem Antrag wurde mit 28 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt. Damit ist für uns klar, dass eine grosse Mehrheit in diesem Raum ein Schulhaus als notwendig erachtet. Wir haben dementsprechend auch längere Diskussionen geführt über die verschiedenen Einsparmöglichkeiten. Deshalb stellt sich nicht die Frage, ob wir es uns leisten können. Wir müssen es uns leisten. Der vorhandene Schulraum reicht ab Schuljahr 2023/24 nicht mehr, dann haben wir ein Problem. Aus dem Studienauftrag ging ein Siegerprojekt hervor, welches von einer Fachjury sorgfältig ausgewählt wurde. Es entspricht den Vorgaben am besten und wurde aus Sicht der Kosten als im günstigsten Drittel aller Projekteingaben beurteilt. Es ist ein zweckmässiges Projekt, und wir betrachten es als gut und nicht als Luxusprojekt. Die Verzichtsoptionen haben wir eingehend beraten. Wie eingangs gesagt sind wir gegen diese Einsparungen, da sie nicht nur Einsparung, sondern Verzicht bedeuten. Bei den Einsparungen in diesem Projekt, werden wir nachher noch diskutieren, über diese haben wir auch diskutiert. Empfinden aber insbesondere zum Holzbau, dass es auch ein Teil der Architektur ist. Wir haben aber auch andere Argumente gefunden: Wie wir an der Infoveranstaltung hörten, wird die Kostendifferenz vom Holzbauexperten eher geringer eingeschätzt. Es ist also nicht gesagt, dass wir eine halbe Million sparen wenn hier noch optimiert und verbessert. Der Spareffekt ist nicht garantiert. Der Spareffekt ist entsprechend nicht in diesem Ausmass garantiert und auf die Gesamtkosten gesehen, nicht gross. Auf den gesamten Lebenszyklus betrachtet, inklusiv Rückbau und insbesondere mit Blick auf die Herstellungenergie, Nachhaltigkeit und Ökologie schneidet Holz sogar besser ab als Beton. Das muss man auch sehen. Holz ist eine nachhaltige Ressource, Beton eine Endliche. Holz hat eine viel bessere Energiebilanz und ist zudem CO₂-neutral. Holz ist im Trend. Viele Gebäude werden aktuell mit Holz realisiert. Auch die geplante 10-stöckige Überbauung im Markthof Schild Ost ist im Holzbau vorgesehen. Wer noch nicht überzeugt ist, vielleicht haben sie vor einer Woche 10 vor 10 geschaut und den Beitrag zum Thema Holzbau gesehen. Dies wurde mit den Stichworten, Blick in die Zukunft und Das Wohnen von Morgen, begleitet. Das Architektenteam hat ein stimmiges Projekt entworfen, dieses so stark abzuändern, bringt Mehraufwand und Risiken. Als weiterer wichtiger Vorteil des Holzbaus ist das Raumklima zu nennen. Es fühlt sich gemütlich und gut an. Für eine Primarschule ist dies zentral. Je wohler sich die Schüler und Schülerinnen fühlen, desto leistungsfähiger sind sie. Wir sind überzeugt: Auf die Gesamtlebensdauer wird sich diese Investition in mehrfacher Hinsicht lohnen. Option 2, Sparen bei der Dämmung: Minergie Basis oder Minergie P. Wie wir an der Infoveranstaltung hörten, wir sparen etwas, man holt es aber nicht ganz raus bis in 40 Jahren. Aber wenn man noch länger rechnet, dann holt man diese wieder raus. Insgesamt ist der Spareffekt, finanziell, der ist gering, das sind ein paar CHF 10'000. Aber aus Sicht des Klimas, wäre das eine Verschwendung, wenn wir das nicht machen würde. Und soviel ich weiss, wenn man heute normal baut, hat man relativ schnell eine Minergie Basis erreicht. Als Vorbildfunktion, sind wir klar der Meinung, dass wir den Mehraufwand, Minergie P, durchführen müssten und nicht sparen. Zum Schulmobiliar haben wir gesagt, ja klar kann man da sparen, das ist klar. Wir gehen davon aus, dass das Mobiliar nicht gleich entsorgt wird. Relativ schnell wird es wieder benötigt, wenn anderes Mobiliar defekt wird. Darum ist diese Sparoption für uns auch nicht richtig. Wie eingangs gesagt, stimmt die SP Fraktion dem Kredit einstimmig zu ohne Abstriche und Einsparungen.

Christoph Villiger: Die Notwendigkeit zusätzlichen Schulräumen für die Primarschule ist unbestritten, da sind wir uns einig. Schülerzahlen sind in den letzten Jahren, insbesondere in der Primarschule, stetig gewachsen. Die entsprechende Prognose von der Metron 2013 hat das ziemlich genau aufgezeigt. Die Entwicklung von dem steigenden Bedarf, ebenfalls durch den neuen Lehrplan 21 sowie durch den Systemwechsel, welches wir hatten, von 5/4 zu 6/3 akzentuiert. Aus Sicht von der FDP ist die Schule ganz klar eine Kernaufgabe von der Gemeinde und ist Basis von der Zukunft der Kinder und auch für unsere Gemeinde Obersiggenthal. Für uns ist der Verpflichtungskredit eine notwendige Investition für die Zukunft, weshalb wir das grundsätzlich unterstützen. Das im Gegensatz zum Kreditantrag vom Hallen- und Gartenbau, welches wir an der letzten Sitzung diskutiert haben, hat die FDP abgelehnt. Weil wir es uns schlicht und einfach nicht leisten können. Beide Investitionen gehen nicht gleichzeitig. Das haben wir das letzte Mal bereits formuliert und wir sehen die Priorität klar beim Neubau des Schulhauses. Mehr zum Thema Finanzen und Auswirkungen der Massnahmen, werden wir sicher noch zur Genüge an dieser Sitzung diskutieren. Leider aufgrund von der angespannten finanziellen Situation, in welcher sich die Gemeinde befindet. Wir haben stark steigende Schulden und wir haben steigende operative Defizite, über die Zeit, die wir jetzt auch geplant haben. Wir beantragen die drei Einsparungsmöglichkeiten, welche uns der Gemeinderat bereits in seiner Vorlage skizziert hat. Konkret heisst das, auf der einen Seite, der Wechsel von dieser Holzbaukonstruktion in eine Massivbaukonstruktion mit einem Einsparpotenzial von netto CHF 450'000. Zum zweiten den Wechsel von Minergie P auf Minergie Basis mittels redimensionierter Dämmung mit einem Einsparpotenzial von CHF 190'000 und drittens die Übernahme des bestehenden Schulmobiliars mit einem Einsparpotenzial von CHF 73'000. Qualität von den Räumlichkeiten und vom Schulunterricht wird durch die vorgenannten Sparmassnahmen unser Erachtens nicht tangiert. Uns als FDP Fraktion ist es wirklich wichtig, dass wir das Schulhaus realisieren können, dass wir aber auch gleichzeitig die Massnahmen, wo wir Geld sparen können, realisieren. Das sind doch CHF 713'000, sodass der Betrag vom Kredit auf CHF 10'881'000 reduziert.

Urs Müller: Für die Fraktion Grüne ist es klar, wir brauchen das Schulhaus. Wir brauchen das eigentlich schon länger. Wir haben in den letzten Jahren, Mangel an Schulräumen und wir hatten eine Überbelegung. Da hat es bei uns keine langen Diskussionen benötigt. Mit dem vorliegenden Projekt können wir den Zustand jetzt beheben. Wir unterstützen den Holzbau, weil er ökologisch sinnvoller ist. Holz ist CO₂-neutral. Es wurde bereits gesagt, die öffentliche Hand hat auch eine Vorbildfunktion. In der Verarbeitung ist Holz besser als Beton. Wir finden es gut, dass das Architektenteam auf den Standard Energie P geht. Wir sind sogar der Meinung, dass wir nicht nur machen sollen, sondern dass wir es auch zertifizieren. Uns wurde bei der Präsentation gesagt, dass das fast kostenneutral ist. Was wir für die Zertifizierung ausgeben würden, bekämen wir als Subvention ungefähr wieder über. Wenn wir da zertifizieren würden, hätten wir auch die Gewissheit, dass es dann auch so ausgeführt wird und vielleicht kämen wir in unserer Gemeinde wieder soweit, dass wir wieder die Energiestadt wären, dann hätten wir das schon. Das wäre nämlich etwas, was wir dann machen müssten. Ein wichtiges Anliegen für uns ist, die flexible Raumgestaltung von dem Bau und zwar auch als Kostengründen. Nämlich dann, wenn wir von einer zweiten Etappen reden müssen. Was wir können, ist z. Bsp. nur zwei Klassenzimmer zusätzlich durch Umstellungen gewinnen in diesem Schulhaus, da könnten wir unter Umständen die zweite Etappe hinausschieben oder je nach Schülerzahl, müssten wir keine zweite Etappe planen. Da geht es dann nicht um plus acht Schulzimmer, sondern vielleicht plus 2 Schulzimmer und flexible Gestaltung könnte hier helfen später mal zu sparen. Wir von der Fraktion Grüne unterstützen den Kreditantrag ohne Abstrich.

Daniel Jenni: Gibt es einzelnes Votum zum Gesamtprojekt, nicht zu den Anträgen? Dies ist nicht der Fall.

Antrag FDP-Fraktion: Der vom Gemeinderat vorgelegten Verpflichtungskredit von CHF 11'594'000 (inkl. MwSt., Preisstand Juli 2020) für einen Schulhausneubau Goldiland (1. Etappe) ist, um CHF 450'000 zu reduzieren, indem die Tragkonstruktion anstelle von Holz konventionell in Massivbauweise ausgeführt wird.

Andreas Baumgartner: Die CVP-Fraktion war geteilter Meinung. Ich persönlich würde auch bevorzugen, wenn wir das Ganze aus Holz bauen, auch die Tragekonstruktion, obwohl das teurer ist. Es bringt meiner Meinung nach einen klaren Mehrwert. Stellt euch vor, ihr geht in die Dreifach-Turnhalle, dort sieht man auch Holz. Wenn wir in diese Halle gehen, ist es ein ganz anderes Klima, als wenn man in eine Halle geht, welche aus Beton gebaut ist (z. B. BBB-Halle). Das Erscheinungsbild ist ganz anders und das Klima, welches sich da drin entwickelt, ist besonders wichtig beim Primarschulhaus, ist anders. Wenn man die Holzelemente sieht, wenn wir die Wärme vom Holz auch spüren, ich glaube, das ist gut investiertes Geld.

Carol Demarmels: Ich habe keine Ahnung von Holzbauweise oder Massivbauweise. Wir haben CHF 11.5 Millionen, wir können rund CHF 0.5 Million einsparen. Dafür verlieren wir Kostengenauigkeiten. Das heisst wir sparen 3.8% dafür haben wir wieder eine Kostengenauigkeit von 15%. Das heisst, wenn es schief herauskommt, haben wir dann CHF 12'800'000. Dies ist einfach auf Grund der Zahlen. Die Wahrscheinlichkeit ist relativ gross. Wir würden nur 3.8% sparen. Deshalb finde ich, dass das kein cleverer Entscheid ist. Der andere Punkt ist, das Volk entscheidet darüber und dann haben wir eine Eröffnungsfeier und die Leute kommen herein und denken „jetzt haben die einen grässlichen Betonklotz gebaut“. Ich finde das Unglücklich. Wenn wir schon Geld ausgeben, dann möchten wir auch etwas, welches uns Freude bereitet.

Daniel Meier: Wir reden von den Trageelementen, welche aus Beton sind. Wenn wir es mit diesem Raum vergleichen, wären diese Säulen aus Holz und das dazwischen wäre Holz. So abwegig ist es dann doch nicht. Man muss einfach die Relationen sehen. Ich bin zwar kein Baufachmann, aber so viel verstehe ich dann doch noch.

Erich Schmid: Wegen dem Holz, es wurde die Dreifach-Turnhalle angesprochen, wenn man da rein kommt, ist Beton. So tragisch ist das eigentlich nicht. Und Kostengenauigkeit das ist mathematisch. Ich denke Herr Katzer hat das erklärt, das geht dann nicht von 0 auf +15 deswegen, sondern Varianz ist dann in den CHF 450'000. Ich würde gerne aus Holz bauen, wir müssen einfach einen Geldgeber haben. Wir haben so viel Geld zum Ausgeben, wenn man etwas sparen kann, was einigermaßen Sinn macht, dann muss man sparen. Es sind nur 3,8%, aber wenn wir schon nur das einsparen können, dann müssen wir es realisieren. Das Problem sind nicht die 3,8% sondern die 96,2%, welche wir ausgeben werden und einfach nicht haben. Wir brauchen das Schulhaus aber wir haben das Geld nicht also wird gespart wo wir können.

Carol Demarmels: Darf ich ganz kurz nachfragen; stimmt dass, ist die Varianz, welche wir nachher haben 0 auf die Reduktion und nicht auf den Gesamtwert? Kostengenauigkeit sowie es der Erich Schmid gesagt hat?

Christoph Kratzer: Wir haben ein Vorprojekt gemacht, welches wir Ihnen hier unterbreiten. Viele Gemeinden aber auch Private, müssen ein definitives Bauprojekt haben. Das Bauprojekt ist +/- 10% und so geht man in die Kreditgenehmigung über. Wir gehen mit einem Vorprojekt Plus in die Abstimmung. Das heisst, in gewissen Sachen holen wir die Offerten schon ein bei den grösseren Positionen und bei den anderen Positionen geht man von den Erfahrungszahlen aus oder von Budgetpositionen. Und von dem her mit dem Vorprojekt Plus konnte ich sagen, wir haben ein Kostendach und zu dem können wir stehen. Wieso? Wir haben 5% Ausmassreserven, weil wir eben ein Vorprojekt haben und eben nicht ein Bauprojekt und wir gehen davon aus, dass wir gute Preise einholen können und zwar auch 4-5%, wenn wir zum richtigen Zeitpunkt ausschreiben. Zudem haben wir noch Unvorhergesehenes. Das heisst wir haben einiges an Reserven im Projekt drin und deshalb das Plus 0 und -15%. Die Schätzung von diesen CHF 450'000, das ist wirklich nur eine grobe Schätzung. Ich finde einfach nicht, dass wir jetzt am Schluss sagen, wir verzichten auf die tragende Struktur aus Holz oder sprich Decke, Wände und Dach und sagen wir reduzieren die CHF 450'000. Das ist wirklich nur eine grobe Schätzung. Die haben wir am Schluss diese erbittert. Wie haben wir diese erbittert? Aufgrund von den Elementen haben wir angenommen, also beispielweise tragende Betondecke kostet

CHF 200 pro Quadratmeter. Und die gleiche Decke aus Holz kostet Stand heute CHF 392. Das heisst, pro Quadratmeter Decke sparen wir CHF 192 also sprich etwa 50%. Mal Tausend Quadratmeter, da sind wir schon nur alleine bei der Decke bei CHF 200'000. Das sind alles grobe Schätzungen. Wenn Sie mich so direkt fragen, ich würde auch sagen, dass wir auf diesen CHF 450'000 die Unsicherheit haben, aber sicher nicht über die ganze Position.

Friedrich Wollmann: Bettina Lutz Güttler hat das vorher sehr richtig gesagt; als Gemeinde haben wir eine Vorbildfunktion. Ich bin auch in der Energie- und Umweltkommission, da sitzen wir auch zusammen und streben nicht für die Tafel Energiestadt bei der Ortstafel, sondern wir möchten das inhaltlich auf unsere Verhältnisse übertragen. Wir brauchen die Zertifizierung nicht, aber wir möchten das vor leben. Und das ist natürlich ein Thema, wie setzen wir gewisse Vorbilder um, die letztlich auch zur Orientierung sind für die Bevölkerung. Nochmals zu dem, was wir der nächsten Generation übergeben, das ist für mich immer ein wenig Einseitig. Natürlich sehe ich die grossen Beträge, aber es ist ja nicht so, dass wir für die nächste Generation nichts hinterlassen ausser Schulden, sondern wir hinterlassen ihnen Werte. Deshalb bin ich ganz klar für die Umsetzung, so wie es uns vorgestellt wurde inkl. Minergie P, das heisst etwas ganz einfaches.

Christoph Villiger: Ich denke es gibt auch Vorbildfunktion, welche die Gemeinde hat, in den man Sparmassnahmen wahrnimmt und eine vernünftige Schuldenpolitik führt. Ich glaube, da sind wir vermutlich nicht ganz derselben Meinung. Aber das ist auch eine Vorbildfunktion.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmungen

Antrag FDP-Fraktion: Der vom Gemeinderat vorgelegten Verpflichtungskredit CHF 11'594'000 (inkl. MwSt., Preisstand Juli 2020) für einen Schulhausneubau Goldiland (1. Etappe) ist, um CHF 450'000 zu reduzieren, indem die Tragekonstruktion anstelle von Holz konventionell in Massivbauweise ausgeführt wird.

Dieser Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag FDP-Fraktion: Der vom Gemeinderat vorgelegten Verpflichtungskredit CHF 11'594'000 (inkl. MwSt., Preisstand Juli 2020) für einen Schulhausneubau Goldiland (1. Etappe) ist, um CHF 190'000 auf CHF 11'404'000 zu reduzieren, in dem die Gebäudedämmung auf die Anforderungen des Standard Minergie Basis redimensioniert wird.

Dieser Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen angenommen.

Antrag FDP-Fraktion: Verpflichtungskredit Schulhausneubau Goldiland (1. Etappe) Übernahme des bestehenden Schülermobiliar für 5 Klassenzimmer mit einem Einsparpotenzial von netto CHF 73'000.

Erich Schmid: Ich bin gegen diesen Antrag. Im ersten Moment war es für mich klar, wir streichen diesen Antrag. Wir müssen sehen, es ist nicht eine Wertvernichtung. Die Möbel, welche wir im OSOS haben, werden weiter verwendet. Es ist eine reine Verschiebung ins Budget. Irgendeinmal kommen die Möbel trotzdem, ob jetzt im Investitionskredit, wo wir nachher eine einheitliche Möblierung haben im Schulhaus, oder später, wenn man bei den anderen Schulhäusern nach rüsten muss, weil wir einfach keine Reserven mehr haben. Es ist eine reine Verschiebung der Positionen, im Prinzip, Kostenneutral.

Verpflichtungskredit Schulhausneubau Goldiland (1. Etappe) Übernahme des bestehenden Schülermobiliar für 5 Klassenzimmer mit einem Einsparpotenzial von netto CHF 73'000.

Dieser Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen zu 29 Nein-Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung

**Der vom Gemeinderat vorgelegten Verpflichtungskredit CHF 11'594'000 (inkl. MwSt., Preisstand Juli 2020) für einen Schulhausneubau Goldiland (1. Etappe) ist, um CHF 190'000 auf CHF 11'404'000 zu reduzieren, in dem die Gebäudedämmung auf die Anforderungen des Standard Minergie Basis redimensioniert wird.
Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

3 2020.20 Verpflichtungskredit von CHF 597'000 für die Umsetzung des IT-Konzept Schule

Christian Keller, Gemeinderat: Digitalisierung hat unser Leben umgekrempelt. Sie hat eine wahnsinnige Dynamik erreicht und sie macht auch vor der Schule nicht halt. Digitalisierung wurde so wichtig, dass in der Schule ein neues Fach Medien und Informatik kam. Medium und Informatik wird zu einem Querschnittsthema, welche über alle Schulstufen und über alle Fächer eingelegt wird. Digitalisierung wird zum Schlüssel für die Zukunft. An der Informationsveranstaltung, vom 09. September 2020, haben wir das Geschäft vorgestellt. Es gab viel Raum um Fragen zu stellen. Der Gemeinderat, Schulpflege und Schulleitung haben mit einer gewissen Genugtuung festgestellt, dass Fraktionen offenbar das Anliegen gut aufgenommen haben und dass der Einwohnerrat ein grosses Verständnis dafür hat, dass das eine wichtige Anschaffung für die Zukunft der Schule ist. Es ist wichtig für die Schule, es ist wichtig für Schülerinnen und Schüler, es ist aber auch wichtig für unsere Gemeinde als Standortfaktor. Ich erspare es euch die ganze Vorlage nochmals im Detail zu erläutern. Fast alle von euch, waren an der Infoveranstaltung mit dabei. Es ist aber heute Abend, Carlo Albrecht und Bruno Glettig und ich hier um Fragen zu beantworten, falls noch offene Fragen vorhanden sein sollten. Ich bitte euch das Geschäft gut zu heissen.

Daniel Jenni: Ich möchte kurz ergänzen, damit das klar ist, diese Vorlage geht nicht vor das Volk, wenn sie angenommen wird. Das wurde mit dem Kanton abgeklärt. Wir müssen hier definitiv abstimmen, ausser es gibt ein Referendum.

Peter Huber: Die SVP-Fraktion hat das Geschäft auch angenommen. Wir bedanken uns für den Bericht und die Möglichkeit an einer Infoveranstaltung teilnehmen zu können. Diese war sehr informativ und gut. Wir haben auch die Antworten erhalten. Es war aber auch eindrücklich zu sehen, wie sich Lehrer, Schulleitung mit Herzblut dafür eingesetzt haben. Wir hoffen einfach, dass es nachher richtig umgesetzt werden kann. Es ist uns klar, wir haben den Lehrplan 21 angenommen. Wir haben uns bei anderen Schulen informiert. Die Kosten müssen hier ja nicht in Frage gestellt werden. Ich habe die gleiche Information auch von anderen erhalten, was die Kostenteilung ist. Wahl ob Kauf, Miete oder Leasing wird sicher noch zu reden geben, aber wir haben ja ein gutes Beispiel in Baden, wo die gleiche Firma das Ganze schon macht und die Erfahrung auch in Obersiggenthal einbringen kann. Wir stehen ein für einen attraktiven und modernen Schulstandort in Obersiggenthal und werden dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Anton Marjakaj: Die SP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit CHF 597'000 für die Umsetzung des IT-Konzepts der Schule Obersiggenthal einstimmig zu. Es ist wichtig und richtig, dass die Schülerinnen und Schüler in ihrer Kompetenzen mit der Zeit leben können. Und den richtigen Umgang mit modernen Technologien erlernen. Prognosen zeigen seit längerem, dass sich die Digitalisierung in den nächsten Jahren grundlegend verankern wird. Die Digitalisierung ermöglicht auch viele neue Wege, wie auch der Lockdown gezeigt hat. National aber auch International ist unsere Gemeinde hinsichtlich IT teilweise im Rückstand. Diesen gibt es aufzuholen. Mit dem Lehrplan 21 wird eine Medienschulung vorgeschrieben. Und neu sogar

einfach installiert, dass Medien und Informatik heisst. Dies ist nicht nur für die Oberstufe sondern auch für die Primarschule. Ebenfalls sind viele, fast alle Lehrmittel, auch jene die vom Kanton vorgeschrieben sind, der begleiteten Übungsmaterial nicht mehr als CD sondern per App verfügbar. Mittels eines Nutzungsschlüssels lassen sich diese Lehrprogramme einfacher benutzen. Ohne Tablets lassen sich diese hervorragenden Zusatzdienste nicht verwenden. Tablets sind unerlässlich. Um einen zeitgemässen und vielfältigen Unterricht zu gewährleisten. Die Möglichkeiten sind immens. Zudem sollte auch der Lockdown und der Fernunterricht gezeigt haben, wie wichtig es ist, dass sich die Schülerinnen und Schüler sicher durch diesen Medien bewegen können. Ebenfalls ermöglichen wir mit dieser IT-Ausrüstung unseren Schülerinnen und Schülern eine Chancengleichheit, welche nicht alle zu Hause über geeignete Geräte verfügen. Dass die Einführung dieses IT-Konzepts für Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler auch eine Herausforderung sein wird, ist uns klar. Doch wir sind zuversichtlich, dass dieser Schritt in die richtige Richtung geht und wir in einigen Jahre positiv zurückblicken können.

Ursula Spinnler: Die FDP-Fraktion steht hinter dem Verpflichtungskredit für die Umsetzung vom IT-Konzept. Die digitalen Medien werden heute in jedem Alter genutzt. Und wenn wir schon in der Schweiz keine Bodenschätze haben, so ist wenigstens Bildung unser grösster Schatz. Je früher Kinder lernen mit den Medien umzugehen, desto gewandter können sie diese anwenden. Darum unterstützen wir die Variante, dass bereits die 4. Klasse, Mittelstufe, I-pads erhalten, als bessere Vorbereitung auf die Oberstufe. Wir erhoffen uns aber unter anderem auch eine Einsparung beim Kopieraufwand. Die Frage ob leasen, mieten oder kaufen ist noch nicht gerechnet. Wir bitten einfach darum, dass die günstigere Variante gewählt wird und es allgemein keine Luxuslösungen gibt. Auch wünschen wir uns, dass die Lehrpersonen sorgfältig eingeführt und anschliessend ihren Bedürfnissen angepasst unterstützt werden. Eine Frage hätten wir noch: Wieso waren im Finanzplan 2020-2024 für das IT-Konzept CHF 28'000 drin und jetzt sind es auf einmal CHF 597'000? Was hat sich so grundlegend geändert?

Walter Vega, Gemeinderat: Die CHF 28'000 war ein separates Verpflichtungskredit für die Vorarbeiten. Das hier ist daraus entstanden und ist das Resultat von diesem Verpflichtungskredit. In diesen CHF 28'000 wurde nichts umgesetzt sondern wurde benötigt, um das Konzept zu erstellen.

Rolf Bachmann: Wir hatten im September die Möglichkeit an der Infoveranstaltung teilzunehmen. Es war sehr interessant. Nebst dem neuen Lehrplan, von welchem ich auch noch nicht so viel gehört habe, wurde uns das Technische sehr gut aufgezeigt und wieviel Arbeit dahinter steckt, es war sehr informativ. An dieser Stelle, herzlichen Dank. Wir stimmen hier primär über die Beschaffung und über die Implementierung der Infrastruktur ab. Deswegen unterstützen wir das IT-Konzept. Wir legen damit Grundsteine für die Schule Obersiggenthal, eine möglichst optimale Grundvoraussetzung zu schaffen, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können. Schon während der Infoveranstaltung kamen zwei, drei Fragen auf, welche wir auch intern diskutiert haben. Es sind vor allem zwei wesentliche Fragen zum Versicherungsschutz; was passiert mit dem Ganzen? Meiner Meinung nach ist das zu wenig ausgearbeitet worden. Ich muss dazu sagen, ich komme aus diesem Umfeld. Hat es einen Versicherungsschutz und hat das allfällige Folgekosten, wiederkehrende Folgekosten? Jetzt ist natürlich die Frage, was hat man da geplant? Die Finanzierung wurde auch gefragt. Was macht der Unterschied Leasing, Miete oder Kauf. Ich habe dort Recherchen getrieben und kann folgendes sagen, es wird auch von uns erwünscht, die Geräte so lang als möglich zu nutzen. Wir wissen aber, das sagen auch die Fachleute, die kann man länger als vier Jahren damit fahren. Es hat zwei wesentliche Vorteile, es ist ökologischer, die Geräte kann man im Einsatz halten. B ist es billiger, als wenn man es im Endeffekt least oder mietet. Denn das Zünglein an der Waage, ist immer der Restwert von den Geräten. Aber nichts desto trotz, unterstützen wir den Antrag.

Christian Keller, Gemeinderat: Zum Versicherungsschutz hat es keine Erkenntnisse als aus der Infoveranstaltung gegeben.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion steht auch hinter dem Antrag. Wir finden es wichtig, dass die Schule attraktiv bleibt, dass es auch für die Lehrer attraktiv ist mit solch einer Infrastruktur zu arbeiten, dass Schüler lernen mit den Geräten umzugehen.

Andreas Baumgartner: Ich möchte mich kurzfassen und auf den Lehrplan und die neuen Fächer eingehen, welche eingeführt werden. Das Konzept hat uns schlussendlich überzeugt. Wir finden es gut, dass mobile Geräte ersetzt werden. Es wird universeller gebraucht, eingesetzt auch über die Zimmergrenzen hinweg. Das Nutzungsmodell wurde angesprochen, wir finden es sinnvoll wie die Aufteilung ist. Diskutiert haben wir über die Frage vom Erneuerungszyklus. Das hat Rolf bereits vorher angesprochen. Es wurde die Frage gestellt warum nicht sechs Jahre, warum sind das vier Jahre? Ich habe Rücksprache mit Carlo Albrecht genommen und es ist so, dass das Erfahrungswerte von anderen Schulen sind und darauf basiert sind. Wir in Obersiggenthal haben noch keine Erfahrung damit. Wenn sich das ergibt, dass sich die Lebensdauer oder den Zyklus von den Ipad's ausdehnen kann, steht dem sicherlich nichts im Weg. Ich denke das ist machbar. Wir haben sicher von der Seite der Budgetierung sicherlich keine unliebsamen Überraschungen im Nachtragskredit zu gehen als wenn es eingestellt werden muss. Es kam noch die Frage nach dem Support, mit den beiden Varianten pädagogischem Support und dem technischen Support. Und auch die Umsetzungsplanung ist aufgezeigt mit Jahresschwerpunkte, welche überprüft werden sollten, das heisst, dass es in der Schule auch effektiv gebraucht wird. Fazit von dem Ganzen die Umsetzung von IT-Konzept ist nicht gratis. Auf der einen Seite sind die Kosten auf der anderen steht die moderne Schule, welche mit durchdachtem IT-Konzept dafür sorgt, dass Schülerinnen und Schüler von Obersiggenthal auch im digitalen Bereich fundierte Ausbildung erhält und fit für die Zukunft werden. Zudem wird die Schule Obersiggenthal, was Arbeitsort für zukünftige Lehrpersonen, welche hier angestellt werden, attraktiver, und wir finden wieder vielleicht einfacher einen Ersatz wenn Lehrpersonen gehen oder pensioniert werden. Aus denen Überlegungen ist für die CVP klar, wir unterstützen voll umfänglich und einstimmig.

Urs Müller: Ich habe ein ganz kleines Votum. Als Ältester hier habe ich in der ersten zwei Klassen der Primarschule noch nicht das Ipad benutzt, sondern die Schiefertafel. Die Entwicklung geht weiter. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Verpflichtungskredit von CHF 597'000 (inkl. MwSt.) für die Umsetzung des IT-Konzepts der Schule Obersiggenthal wird genehmigt.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

4 2020.26 Dringliches Postulat der SP-Fraktion: Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)

Mia Jenni: Am 9. September 2020 hat es im berühmtesten und grössten Flüchtlingslager in Europa gebrannt. 12'000 Flüchtlinge waren über Nacht ohne Essen, Wasser und sonstige Grundversorgungsmittel. Auch im Lager hat es Corona-Positiv Getestete. Und ein Teil von denen ist noch heute auf der Strasse ohne Grundversorgung. Das Camp war schon vorher ein Skandal für Europa. Das Camp ist ausgelegt für 2'800 Menschen, während dem Brand waren es 12'000 Menschen, die dort untergebracht sind. Während Corona wurde ihnen 3-mal täglich Waschmöglichkeiten angeboten. Es hat wenig Essen und sonstige Grundversorgung. Dringlichkeit ist, dass jetzt die Menschen Mütter, Väter, Kinder, Grosseltern, immer noch auf der Strasse sind ohne Versorgung und die Menschen auch wegen der Schweiz in den Camps in

Lesbos sitzen. Wie wir sehen, geht es hier nicht darum, dass wir jetzt 6 Flüchtlinge aufnehmen, das entscheidet der Bund, aber finde, es ist ein wichtiges Zeichen, dass wir als Obersiggenthal uns bereit dazu erklären 6 Menschen aufzunehmen und unserer Verantwortung wahrnehmen. Darum ist es auch dringlich. Die Bevölkerung ist auch dieser Meinung und hat dementsprechend ein Postulat eingereicht. Danke.

Erich Schmid: Ich habe eine Frage, was ist wenn wir es dringlich erklären? Werden wir es sofort behandeln oder bei der nächsten Sitzung?

Daniel Jenni: Nein, es wird sofort behandelt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag SP-Fraktion: Der Gemeinderat Obersiggenthal wird gebeten, sich bereit zu erklären, 6 geflüchtete Menschen aus Moria, ohne dass damit Familienkerne auseinander gerissen werden, aufzunehmen;

Den Kanton und den Bund dazu aufzufordern, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Moria zu ermöglichen;

Sich mit den Städten und Gemeinden im Kanton Aargau sowie Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich, die ähnliche Initiativen zur Aufnahme von geflüchteten Menschen ergreifen, zu koordinieren.

Wer ist dafür, dass wir das Postulat als dringlich erklären?

Dieser Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen als nicht dringlich erklärt.

5 2020.21 Verpflichtungskredit von CHF 129'240 für eine neue Funkinfrastruktur der Feuerwehr

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir kommen zum nächsten Traktandum Verpflichtungskredit für eine neue Funkinfrastruktur der Feuerwehr. Das Wesentlichste finden Sie bereits in der Vorlage. Sie haben auch als Dokumentation die genaue Projektbeschreibung. Ich möchte nur noch kurz die wichtigsten Punkte hervorheben. Gründe für solch eine neue Funkinfrastruktur, diese sind zuerst einmal in der Topographie von Obersiggenthal. Wir haben eine sehr hohe Ausdehnung von der Limmat bis nach Siggenberg. Das ist sehr anspruchsvoll. Wir haben zum Teil kein Funkempfang im Tromsberg, im Hertenstein und in Rieden. Das heisst, wenn die Feuerwehr unterwegs ist, können sie zum Teil nicht per Funk miteinander kommunizieren. Sie benutzen dann die Privat-Handys um sich zu verständigen. Dann haben wir mit dem neuen Funkkonzept zusätzliche Funkkanäle. Auch das erleichtert die Kommunikation bei Grosseinsätzen, wenn verschiedenen Arbeitsgattungen zum Einsatz kommen oder auch wenn verschiedene Feuerwehre aus verschiedenen Gemeinden gleichzeitig im Einsatz sind. So stören sie sich nicht gegenseitig auf den Frequenzen und es ist dann klar wer mit wem redet. Dann haben wir generell Digitalisierung, die ansteht. Die jetzige Funkinfrastruktur ist analog. Die analoge Infrastruktur soll auf eine Digitale umgestellt werden. Das ist auch eine Anforderung an die vorhandenen Funkgeräte und die neue Infrastruktur generell. Dann haben wir Funkgeräte, für die man keinen Unterhalt mehr erhält, davon Motorola Geräte, wo keine Ersatzteile mehr vorhanden sind und keine Wartung mehr stattfindet. Wir haben noch den Notfalltaster und die Notfallbenachrichtigung; es ist so, dass in den nächsten Monaten im Gemeindehaus und in Kirchdorf werden solche Notfalltreffpunkte installiert. Das ist eine Vorgabe vom Bevölkerungsschutz. Dort möchte man gerne eine Notfalltaste installieren und von dort auf Pager ein Alarm geben, damit jemand von der Feuerwehr dort eintrifft und Hilfesuchende

unterstützen können und entsprechend bei Stromausfall oder Ausfall von der Kommunikationsinfrastruktur Sanität, Polizei oder eben die Feuerwehr alarmieren. Eine erste Phase Prediction ist, dass wir die ganzen Abklärungen treffen wohin das Relais hin soll. In einem nächsten Schritt ist der Aufbau von dieser Relais Station. In einer weiteren Phase ist die Installation von der Notalarmierung und Ersatz von der Magazinlösung. Das heisst im Feuerwehrmagazin wird ebenfalls eine neue Infrastruktur aufgebaut und als letztes der Ersatz von den Geräten, gestützt darauf, dass Motorola keine Unterstützung mehr anbietet. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen, falls Fragen sein sollten, sind Nicolas Schmassmann und Patrick Ecabert, gerne hier um die Fragen zu beantworten.

Mara Jenni: Die SP-Fraktion erkennt die Notwendigkeit von der Pflege und Erhalt der Feuerwehr-Funkinfrastruktur. Es ist sinnvoll mit dem Stand von der Technik mitzuhalten, vor allem wenn damit das Problem vom Mangel von den Ersatzbauteilen, die wir soeben gehört haben, von der heutigen Ausrüstung durch eine schrittweise Aktualisierung von den Geräten gelöst werden kann. Die bereits laufende Abklärungsstrategie, soll also im Hinblick auf die digitale Umstellung weiter geladen werden können. Ebenso anerkennt die SP-Fraktion die Notwendigkeit von der Installation von einer Relais-Station, von welcher dann eine problemlose Kommunikation der Feuerwehr allen möglichen Einsätzen und Grosseinsätzen ermöglichen soll. Dass dabei die normale Einsatzalarmierung von der Feuerwehrleuten und Notalarmierung über die Notfalltreffpunkte auf die Frequenz der Relais-Station zu nehmen ist, ergibt für uns in Anbetracht von den mehreren Bedrohungsszenarien, Sinn. Die SP-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Als einziger Kritikpunkt hätte sich die SP gewünscht, dass trotz der spärlichen Anzahl von Anbieter von den jeweiligen Technikdienst im Feuerwehrbereich mehrere Offerteeinholungen bereits vor der Genehmigung vom Kredit passiert wären und nicht erst nach der Genehmigung vom Geschäft.

Stefan Semela: Der Ersatz von der Funkstation im Magazin und von den Funkgeräten ist innerhalb von der FDP-Fraktion unbestritten. Die Geräte sind alt und müssen auch mal als Unterhaltssupport ersetzt werden. Wenn die finanzielle Lage der Gemeinde eine andere wäre, dann wäre das Votum jetzt sehr wahrscheinlich gleichbleibend für die nächsten zwei Punkte, aber wir wissen und sehen in unserer Aufgabe überall Sparpotenzial zu realisieren. Zur Relais-Station, es ist richtig, dass nicht alle Standorte in der Gemeinde angefunkt werden können direkt aus dem Magazin. Die grossen Gebiete, kann man nicht genau entnehmen in der Vorlage. Und uns sind in der Vergangenheit keine Einsätze bekannt. Wenn tatsächlich einmal ein Vorfall in solch einem Gebiet wäre, könnte man auch mit einem mobilen ad-hoc Relais eine Lösung suchen, das heisst mit einem Mann mit Funkgerät. Darum sind wir der Meinung, dass die Relais-Anlage weder dringlich ist noch durch Erfahrungen in der Vergangenheit rechtfertigt und fällt in die Kategorie nice to have. Zur Notalarmierung; die Realisierung von diesen Notfalltreffpunkten ist, gemäss meinen Abklärungen, kantonsweit nicht wirklich vorangekommen. Und es gibt auch keine Einführungspflicht. Auf der Homepage vom Kanton ist weiter zu entnehmen „finanziert wird das für den Betrieb der Notfalltreffpunkten benötigte Material über Zivilschutz Ersatzbeiträge“. Es ist darum für uns nicht nachvollziehbar, dass wir jetzt die Notfalltreffpunkte über das Gemeindebudget realisieren, wenn der Kanton oder der Bevölkerungsschutz das anordnet. Wenn man die Situation so liest, welche doch relativ abenteuerlich ist. Kein Strom, kein Netz, nichts mehr, alles tot. Dann benötigt man einen Taster. Ich meine, in diesem Zustand weiss das die Polizei und alle Blaulicht Organisationen im Kanton sehr wahrscheinlich auch schon. Dann benötigt die Bevölkerung einen Taster um einen Alarm abzusetzen. Abenteuerlich. Aber wenn solche Treffpunkte realisiert werden sollten, sind wir der Meinung, dass das vom Kanton finanziert werden soll. Gemäss Auskunft von der Gemeinde sind die Kosten CHF 21'540. Für die Notfallalarmierung; betreffend der Offerte sind wir gleicher Meinung. Wir müssen da vor der Vergabe sicher noch eine zweite Offerte einholen. Das ist einfach ein Standard Vorgang, auf den man nicht verzichten kann. Ausser es gibt nur einen Anbieter. Darum stellen wir den Antrag, dass der Kredit gekürzt werden soll. Und zwar auf die Positionen Basisstation und Funkgeräte die CHF 68'928 (inkl. MwSt.) ausmachen und das der Kreditantrag auf diese Summe gekürzt wird.

Robert Wyss: Die Feuerwehr hat Einsätze, welche wichtig sind. Das ist Feuer löschen, logischerweise, Naturkatastrophen unterstützen, Verkehrsregelung, Tierrettungen, Überregionale Sachen etc. Wichtig dabei ist sicherlich auch eine gute Kommunikation. Unter einander, zu den Fahrzeugen und zum Magazin oder auch zu anderen Feuerwehr oder Leitstellen. Digitalisierung ist nichts Neues. Geräte, welche nicht unterhalten werden können, da macht es Sinn, dass man diese ersetzt auch mit Digitalen. Digitalisierung ist der heutige Stand. Da müssen wir nicht gross diskutieren. Topographie von Obersiggenthal mag durch die Überbauungen nicht optimal zu sein. Darum macht es sicher Sinn, wenn man das verbessern kann und das Relais einzurichten. Im Notschalter ist es eben schwieriger. Notschalter in Kirchdorf, bzw. in Nussbaumen, hatte man das schon mal? Braucht es das? Es ist schwierig einzuordnen. Es ist auch vor allem als Einsparpotenzial vorgeschlagen. Dann kommt die Frage, wie machen es da die Nachbargemeinden z. Bsp. Untersiggenthal? Habe dort rasch nachgefragt. Beim Funk haben auch sie die gleichen Probleme, dass sie analoge Geräte haben, welche ersetzt werden müssen. Das Thema war auch; können wir zusammen etwas machen? Da wir aber eine Staffelung vorsehen und die Menge von den Geräten relativ gering ist, ist das Sparpotenzial gering. Bringt nichts. Im Relais bringt es für Untersiggenthal logischerweise nichts, weil wir es für unser Gebiet optimieren wollen. Abgesehen davon, ist offensichtlich durch den Standort von der Antenne, können sie ihr Gebiet ohne Relais abdecken. Beim Notschalter sagen sie aber ganz klar, brauchen sie auch und haben das aber schon letztes Jahr vorgeschlagen und wurde nicht angenommen. Notschalter habe ich erst dann begriffen, dass das eigentlich etwas ist, was es früher gab. Nämlich als man analog telefoniert hat. Denn damals hat die Telefonzentrale die Speisung gehabt. Das heisst, wenn etwas ausgefallen ist, das Telefon funktionierte noch lange. Und konnte somit eine Notalarmierung gewährleisten. Ist heute nicht mehr so. Erst jetzt realisieren wir, dass wir etwas, was wir früher hatten, heute nicht mehr realisieren können. Darum würde es an und für sich Sinn machen aber wir müssen sparen. Es gibt andere Projekte, die nötiger sind. Darum ist die Fraktion CVP einstimmig dafür Relais und Funkgerätersatz Ja, Notschalter Nein. Allenfalls eine Verschiebung davon. Darum stellen wir den Antrag: Die Fraktion CVP möchte Einsparmöglichkeit von CHF 21'450 ausschöpfen und beantragt den Verpflichtungskredit von CHF 129'240 für eine neue Funkinfrastruktur der Feuerwehr Obersiggenthal entsprechend zu reduzieren. Neu ist über einen Verpflichtungskredit von CHF 107'790 für eine neue Infrastruktur abzustimmen.

Micha Jetzer: Digitaler Funk ist schon seit mehreren Jahren mit dem Brief von Motorola per April 2020 ist ganz klar dass die Geräte in keinerlei Hinsicht mehr unterstützt werden. Das heisst, die Geräte sind schon seit mehreren Jahren abgemeldet. Das Vorgehen in den Unterlagen ist aus unserer Sicht plausibel und muss umgesetzt werden. Es geht um unsere Sicherheit in verschiedenen Ausprägungen. Die SVP unterstützt die Vorlage einstimmig. Ich schliesse mich an die zwei Vorrednerin und Vorredner, dass wir eine zweite Offerte vermissen. Danke.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Frage wegen den Notfalltreffpunkten, die über den Kanton finanziert werden soll, ist noch offen. Da bin ich jetzt nicht sicher, ob die Notalarmierung effektiv über den Kanton finanziert wird, ob das dazu gehört.

Patrick Ecabert, Feuerwehr: Der Kanton stellt die Notfalltreffpunkte auf und verteilt diese im ganzen Kanton. In erster Linie eigentlich für die Evakuierung und für die Anlaufpunkte für die ganze Bevölkerung. Sobald ein Telefon nicht mehr funktioniert oder ein Stromausfall der Fall wäre, hat die Bevölkerung ein Problem. Denn wir müssen eine Notalarmierung schon heute sicherstellen. Und danach sind wir mit dieser Notalarmierung heute schon nur für die Feuerwehr verantwortlich. Nach dem diese Notfalltreffpunkte aufgestellt sind, erhält die Feuerwehr einen neuen Leistungsauftrag. Der Leistungsauftrag stellt eigentlich sicher, dass Polizei und Sanität, die grundsätzlich nicht im Milizsystem unterwegs sind, sondern im Berufssystem unterwegs sind, können alarmiert werden über Polycom-Funkgeräte die der Kanton zur Verfügung stellt. Es wird pro Notfalltreffpunkt ein Polycom-Funkgerät geben, welches die Kommunikation zu Aarau sicherstellt, welches sie nachher von Aarau die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, was benötigt wird, sei es Polizei oder Sanität. Für die Feuerwehr haben wir selber die Aufgabe mit unserer Notalarmierung unsere Leute auch aufzubieten. Dafür ist unter anderem ein Teil

von diesen CHF 21'000, die wir vorher gehört haben, eingesetzt, die wir nicht nur für die Not-taste benötigen, sondern auch der Bevölkerung das Equipment wie Pager bieten, damit sie auch von unserer Antenne alarmieren können. Mit dem heutigen Pagersystem geht man zu-erst nach Aarau, von Aarau nach Bern und von Bern wieder retour zum Kanton Aargau und von dort zu unseren Leuten zurück. Das ist das Alarmierungssystem heute. Um die ganzen Schnittstellen aussen vornehmen zu können, wenn das nicht mehr über das Telefon geht, dann benötigen wir eine Lösung vor Ort. Der Kanton hat dafür eine ganz klare Haltung, von der Gebäudeversicherung her gibt es keine Subvention, das ist nämlich schon länger ein Be-standteil von der Feuerwehr, diese müssen eine Notalarmierung haben. Das einzige was wir angeschaut haben ist, das ist eigentlich eine Option, die wir zu den Fixstationen eigentlich dazu nehmen können, ist dass wir die Notfalltreffpunkte mit Taster anbinden können, sodass wir von dort einen Zeitgewinn haben und dass die Bevölkerung unsere Feuerwehrleute errei-chen kann.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Dann war noch die Frage zu dem Gebiet, von wel-ches es Probleme gibt und ob es dort Einsätze gab?

Patrick Ecabert, Feuerwehr: Ein Vorfall, welcher nicht ganz vor langer Zeit war und wir eben-falls auf Handys ausweichen mussten, war an der Hertensteinstrasse. Wir waren dort rund sechs Stunden im Einsatz für das Dorf und mussten von Herteinstein bis zur Landstrasse die Ver-bindungen sicherstellen. Wir hatten dort Probleme zum Teil. Weil über sechs Stunden bei den Temperaturen, mussten wir Verpflegung etc. sicherstellen. Deshalb mussten wir die Verbin-dung für die Sicherheit aufrechterhalten. Mit einer Relais-Station können wir solche Sachen sicherstellen. Wir haben aber auch Beispiele wie Rieden, wir möchten Blaulichtfahrten nicht schüren. Das wenn jemand aus dem Magazin aus dem rückwertigen Raum etwas benötigt, dass wir so jemand erreichen können und mitteilen, was wir benötigen. Sonst schicken wir halt ein Fahrzeug und müssen nochmals mit Blaulicht durch das Dorf.

Daniel Jenni: Ich schlage vor, dass wir zuerst über die Anträge der FDP-Fraktion diskutieren.

Erich Schmid: Wegen der Notalarmierung, der Stefan hat das abenteuerlich genannt. Ich ver-stehe das irgendwie und was man sich damit bewusst sein muss, es ist ein Notfall. Ob es ein-trifft, ist die Wahrscheinlichkeit gering aber dass wenn die Leute, welche wirklich ein Problem haben, das wird es sicher geben, sich bewusst sind und wissen wo es ein solcher Notfalltreff-punkt gibt. Die müssen diesen dann auch finden. Ich denke das wissen die Wenigsten. Ich denke so 50 und von der Feuerwehr wissen es noch 100 Leute und die restlichen 7'500 wissen es nicht. Die Wahrscheinlichkeit, dass das im Fall wirklich angewendet wird, ist sehr gering. Deshalb sind wir klar dafür, dass dies gestrichen wird.

Patrick Ecabert, Feuerwehr: Jeder Haushalt erhält vom Kanton eine angefertigte Broschüre, in welcher drin steht wie man bei einem Stromausfall, Kommunikationsausfall ist inkl. Karte, wo die Notfalltreffpunkte eingezeichnet sind. Die werden pro Gemeinde angefertigt. Das heisst, im Kanton sind sicher von den Broschüre vorhanden und eben, jeder Haushalt bekommt eins.

Erich Schmid: Ich weiss nicht wie viel hier drin wissen, wo ihr Schutzraum ist oder von diesen 8'500 Einwohnern, wenn es dann darauf ankommt. Wir hatten früher Jodtabletten verteilt, alle 10 Jahre. Ich weiss nicht wo die bei mir zuhause sind. Die Informationen werden gelesen wenn wir Glück haben und im Normalfall landet diese in der Schublade. Und im Normalfall wissen die Haushalte nicht mehr wo diese sind, das ist einfach Tatsache.

Mara Jenni: Ich habe eine Frage; ich habe das grundsätzlich so verstanden, dass es gar nicht darum geht, ob es die Notfalltreffpunkte gibt oder nicht. Die sind ja hier. Sondern es geht da-rum, dass die Notalarmierung über die Notfalltreffpunkte auf die Frequenz von der Relais Sta-tion genommen wird. Ist das richtig?

Patrick Ecabert, Feuerwehr: Notfalltreffpunkte kommen im Oktober, diese werden von der Gemeinde her aufgestellt und danach ist es geplant, dass diese Taster dort installiert werden.

Damit der Zeitfaktor verkürzt werden kann, weil die Bevölkerung sonst irgendjemanden von der Feuerwehr zuerst auftreiben muss, welche sie alarmieren kann. Und somit eine Anlaufstelle wäre.

Stefan Semela: Von diesen Notfalltreffpunkten installiert der Kanton die Verbindung nach Aarau? Oder habe ich das falsch verstanden?

Patrick Ecabert, Feuerwehr: Vielleicht darf ich dazu noch was sagen. Die Feuerwehr ist grundsätzlich im neuen Leistungsauftrag dafür verantwortlich Verbindung nach Aarau sicherzustellen. Für das gibt es die Polycom-Funkgeräte, welche die Feuerwehr erhält, teilweise auch der Zivilschutz. Das hat Bettina Lutz Güttler vorhin gesagt, dass die Ausrüstung für die Notfalltreffpunkte grundsätzlich gestellt wird. Es wird ein Generator geben für Licht. Es wird ein Polycom-Funkgerät für den Standort geben, sodass eigentlich jeder Standort für sich betrieben werden kann. Und die Feuerwehr hat jetzt den Leistungsauftrag von der Gebäudeversicherung her mit dem Kanton erhalten, dass wir nicht nur für die Alarmierung der Feuerwehr sicherzustellen ist, sondern wurde für die Polizei und Sanität ergänzt. Das heisst, wir bedienen dann eigentlich das Polycom-Funkgerät und übermitteln so die Alarmierung nach Aarau.

Friedrich Wollmann: Technische Frage, du hast vorhin gesagt, Untersiggenthal ist noch analog. Wie funktioniert das überhaupt zwischen Polizei, Ambulanz und Feuerwehr? Die sollten ja eigentlich die identischen Technologien haben. Sonst kann doch die Kommunikation gar nicht funktionieren für mein Verständnis. Gibt es da Erläuterungen dazu?

Patrick Ecabert, Feuerwehr: Es ist so, dass die Polizei und die Sanität arbeiten grundsätzlich mit dem System Polycom. Es ist ein Polycom-System auf der Funkebenen oben und die ist schweizweit gesteuert. Beim Kanton Aargau sind wir eigentlich eine von den letzten Kantonen, die grundsätzlich keine Polycom-Funkgeräte bei jeder Feuerwehr hat. Die Feuerwehre, welche schon Polycom-Funkgeräte haben, die werden von Astra finanziert. Weil sie auf Strassen/Autobahnen fahren müssen. Die anderen sind mit analogen Funkgeräten unterwegs wie z. Bsp. Untersiggenthal, Baden und wir auch. Und dort möchte der Kanton, mit der Lösung der Polycom Funkgeräte, arbeiten um eben die Schnittstelle nach Aarau zu schaffen. Die Distanz ist zu gross um sie normal mit einem Funkgerät abzudecken. Das heisst, wir sind dann an diesem Kommunikationsnetz Polycom, welches Schweizweit vorhanden ist, auch verbunden.

Sandra Hehli: Wie sieht das mit den Standorten für die Notfallalarmierungen aus, wenn jetzt ein Fehlalarm los geht? Weil ich kann mir noch vorstellen, dass jemand Spass haben könnte den Knopf zu drücken und dann geht ein Alarm los. Wie sieht das mit den Kosten aus?

Patrick Ecabert, Feuerwehr: Das muss man sich schon so vorstellen wie heute, wie bei einer Brandtaste ist, die wir im Markthof zur Verfügung haben, wo die Scheibe eingedrückt werden kann. Die Kosten von dieser Seite her, das ist zur Sicherheit von unserer Gemeinde da. Soviel ich weiss, wird das auch durch die Gemeinde bezahlt.

Robert Wyss: In Untersiggenthal ist das Notfallkonzept, es ist eine von Hand geschriebene Notiz, worauf zu lesen ist „Wir machen das, das und das“. Habt Ihr das ähnlich? Der Kanton hat ja die Pflicht nach unten delegiert, das heisst, der Feuerwehrkommandant muss dafür sorgen, dass das Notfallkonzept funktioniert.

Nicolas Schmassmann, Feuerwehr: Wie schon gesagt, das Notfallkonzept ist unsere Aufgabe. Robert du weisst, du warst auch schon bei der Feuerwehr, der alte Verkehrsbus, den wir hatten, wir hatten dort ein Megafon. Wir haben das Megafon so gut wie möglich revidiert. Haben das mit einer Magnetplatte montiert. Und momentan ist unsere ganze Notalarmierung, wenn mir beispielsweise jemand anruft und Hilfe benötigt, gehe ich ins Magazin montiere die Magnetplatte auf ein Fahrzeug und fahre damit durch das Dorf und versuche mit dem Megafon meine Leute zusammen zu trommeln. Das ist die Notalarmierung, welche die Gemeinde Obersiggenthal momentan hat.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Gegenüberstellungsantrag

Antrag FDP-Fraktion: Für den Ersatz der Magazinlösung und der Funkgeräte der Feuerwehr wird ein Kredit in der Höhe von CHF 68'928 (inkl. MwSt.; Preisstand April 2020) genehmigt.

Antrag CVP-Fraktion: Neu ist über einen Verpflichtungskredit von CHF 107'790 für neue Funkinfrastruktur der Feuerwehr abzustimmen.

Der Antrag von der CVP-Fraktion wird mit 21 Ja-Stimmen dem Antrag vom Gemeinderat gegenüber gestellt.

Gegenüberstellungsantrag CVP-Fraktion und Antrag Gemeinderat

Antrag CVP-Fraktion: Neu ist über einen Verpflichtungskredit von CHF 107'790 für neue Funkinfrastruktur der Feuerwehr abzustimmen.

Antrag Gemeinderat: Für die Einführung einer neuen Funkinfrastruktur der Feuerwehr wird ein Kredit in der Höhe von CHF 129'240 (inkl. MwSt., Preisstand April 2020) genehmigt.

Dem Antrag von der CVP-Fraktion wird mit 25 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Schlussabstimmung

Für die Einführung einer neuen Funkinfrastruktur der Feuerwehr wird ein Kredit in der Höhe von CHF 107'790 (inkl. MwSt., Preisstand April 2020) genehmigt.

Dieser Antrag wird mit 38 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

6 2020.22 Aufgaben- und Finanzplan 2021 - 2025

Eintreten wird nicht bestritten.

Linus Egger, Vizeammann: Ich habe euch bei der Vorinformation immer betont, dass am Aufgaben- und Finanzplan noch gearbeitet wird. Die letzten Änderungen sind heute Nachmittag eingeflossen, darum konnte ich die Fiko nicht mehr orientieren, was wir geändert haben. Die Ausgangslage, welche wir hatten, ist an und für sich gleich geblieben. Wir sind den Investitionsplan durch gegangen. Und das werden wir auch in der Zukunft noch machen. Wir haben die Sachen, welche wir hier aufgelistet haben, haben wir zum Teil verschoben. Die Feuerwehrleiter ist zwei Jahre nach hinten verschoben worden. Das ist vor allem ein Punkt welcher dann auch zukünftig sein wird. Dies wird mit den Nachbargemeinden angeschaut, ob wir es gemeinsam anschaffen oder nicht. Dann kommt die 2. Etappe Schulhaus Goldiland, kennen

wir ja noch nichts Weiteres, weil wir es nach hinten verschoben haben. Vor allem bauliche Sachen, wie Strassenbau oder Bachöffnungen und der Mitte 6130 Bushaltestellen behindertengerecht gestalten werden. Diese werden ausgeführt, wie es vorgesehen war aber wir konnten mit dem Kanton ein Deal vereinbaren und die Zahlungen auf drei Jahren zu verteilen und so haben wir sie dann auch eingeplant. Die Auswirkungen sehen Sie, das in den Klammern, da ist das, was vorher gewesen war. Wir haben oben die 110%, die sind ja bekannt. Das operative Ergebnis ist im 2021 gleichgeblieben. Nettoschuld sind rund CHF 45 Mio. und Nettoschuld pro Einwohner im 2025 rund CHF 5'200. Sie sehen unten die Nettoinvestitionen. Wir konnten es ein wenig glätten und wir werden auch weiterhin daran arbeiten. Noch einmal, das ist ein Papier mit Stand heute, 23. September 2020. Wir werden weiterhin daran arbeiten und unsere Möglichkeiten, die wir haben, ausschöpfen. Was ich aber noch betonen möchte, wir haben den Auftrag, in den Aufgaben und Finanzplan, möglichst alles abzubilden, was wir haben. Das haben wir soweit versucht mit dem was uns heute bekannt ist. Ihr habt auch gesehen, dass gewisse Unterhaltsarbeiten von Liegenschaften haben. Das sind rund etwa CHF 8 Mio., ca. CHF 1 Mio. pro Jahr. Die kann man schieben. Vielleicht ist es im einen Jahr CHF 1 Mio. in den anderen CHF 3 Mio., das wissen wir erst dann, wenn wir die Auswertungen haben. Hier seht Ihr die Graphik. Wir sind rund auf CHF 45 Mio. Bei der Vororientierung waren es rund CHF 3 Mio. mehr. Dann ist hier die Nettoschuld pro Einwohner. Wir hatten jetzt in der Rechnung 2019 CHF 1'938. Wir kommen nachher auf rund CHF 5'200, wenn alles so kommt, wie es eingeplant wurde. Wenn alle Investitionen bewilligt werden und was wir ja nicht wissen wie sich auch die Steuern entwickeln werden, da kommen wir im Budget noch einmal darauf zu sprechen. Ich komme beim Budget noch darauf zurück, was wir für die Pandemie einberechnet haben. Wir sind beim Gemeinderat der Meinung, dass wir das von der Pandemie herunter gefahren sind, nicht mit der Steuerfusserhöhung einholen müssen, die muss sich nämlich von selber wieder erholen. Darum ist es auch die Erklärung des operativen Ergebnisses, zu welcher wir später zurück zu sprechen kommen. Hier sieht Ihr die Entwicklung Nettoinvestitionen Selbstfinanzierung. Der rote Balken sind die Investitionen und das Gelbe ist die Selbstfinanzierung. Je tiefer die Selbstfinanzierung ist, je höher wird die Nettoschuld. Selbstfinanzierung ist die Abschreibung minus operatives Ergebnis. Logischerweise gibt es noch andere Konti, aber die wichtigsten sind operatives Ergebnis und die Abschreibung. Dann kommen wir zur Spezialfinanzierung, Wasserwerk. Hier ist vor allem im 2022 eine Gebührenerhöhung angedacht von CHF 2 auf CHF 2.30. Das ist auch nichts Neues, das haben wir früher auch gezeigt. Wenn Ihr hier seht, haben wir knapp CHF 300'000 auf der Bank. Aufgrund der Investitionen geht das dann in die Schulden. Damit wir diese einigermassen wieder ausgleichen können, müssen wir eine Gebührenanpassung im nächsten Budget dann vorsehen. Bei der Abwasserbeseitigung ist es genau umgekehrt. Ihr seht, wir haben jetzt CHF 2.10. Geplant ist auf CHF 1.90 runter zu gehen, zum gleichen Zeitpunkt. Wir haben da unten CHF 2.8 Mio. auf der Bank und wenn wir runter fahren, kommen wir langsam wieder auf diese Höhe. Wichtig ist auch, die Spezialfinanzierung dürfen nicht mit Steuergeldern finanziert werden. Also wenn man längere Zeit im Plus ist, muss man die Gebühren nach unten anpassen. Und das Umgekehrte ist, wenn man im Minus ist. Zum Abschluss noch zur Abfallwirtschaft. Dort haben wir die Gebühren gleich gelassen. Wir wissen aber, dass wir für den Karton nichts erhalten, wenn es gut kommt. Wahrscheinlich müssen wir sogar noch etwas zahlen. Wir haben gewisse Anpassungen gemacht. Wir sind aber immer noch rund eine halbe CHF Million im Positiven. Und wenn das in einem Jahr noch genau gleich ist, dann müssen wir die Gebühren anpassen. Das letzte Jahr haben wir die Grundgebühr von CHF 50 auf CHF 45 geändert. Ich bin der Meinung wir müssen nachher langsam, aber da muss auch die Umweltkommission auch einverstanden sein, auf die Sackgebühren wechseln. Die meisten kennen es bereits schon mit den 35Liter, diese ist jetzt CHF 1.70. Was das dann ausmacht, wenn wir das auf CHF 1.50 runtersetzen, wird man dann aufzeigen. Das waren meine Ausführungen zum Aufgaben- und Finanzplan. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Peter Marten: Der vorliegende Finanzplan 2021 – 2025 zeigt ein nochmals deutlich düsteres Bild auf, als die Version vom letzten Jahr. Ich habe bereits im vorletzten Jahr im Namen der FDP-Fraktion gefordert, dass der Einwohnerrat einen Konsens darüber finden muss und soll, ob und wieviel wir uns in Obersiggenthal noch leisten können und vor allem, was wir bereit sind dafür zu bezahlen. Nüchtern betrachtet hat die Mehrheit des Einwohnerrats einen Minimal-

Konsens gefunden, nämlich primär einmal zu investieren. Ob und wie wir uns das leisten können, scheint sekundär zu sein. Der aktuelle Plan zeigt aber eines ganz klar und eindeutig auf: wir laufen sozusagen fadengerade in einen Schuldenberg. Als Gemeinde einen Schuldenberg zu haben, muss per se nicht negativ sein. Ich teile die Meinung von Urs Müller, dass eine Gemeinde auch einmal in Generationenprojekte investieren kann oder soll und dass dann die Schulden ansteigen. Nur bedingt das aber, dass dieser Schuldenberg aber irgendwann mal wieder abgetragen wird und man weiss, wie man das anstellen will. Die Parameter im neuen Finanzplan zeigen auf, dass das schwierig wird. Das Total der Gemeindesteuern liegt im Jahr 2021 CHF 2 Mio. tiefer, im 2022 CHF 1.8 Mio. tiefer, im 2023 CHF 1.6 Mio. tiefer und im 2024 CHF 1.5 Mio. tiefer. Gegenüber dem letzten Jahr gehen wir davon aus, dass wir rund CHF 6.9 Mio. weniger Erträge bis ins 2024 haben werden. Was machen wir als Einwohnerrat? Wir bewilligen an der Sitzung vom 12. März 2020 einen im letztjährigen Finanz- und Investitionsplan nicht vorgesehenen Kredit über CHF 1.2 Mio. für Hochwasserschutzmassnahmen am Tobelbach, wegen dem Fussballplatz. Wir bewilligen die Umsetzung eines IT-Konzept der Schule welches gegenüber dem letzten Finanzplan, der erst 1 Jahr alt ist, rund CHF 600'000 höher ausfällt. Warum ist es so viel teurer? Die Antwort ist: es war gar nicht aufgeführt. Wir werden wohl noch Massnahmen wegen der Werkeigentümerhaftung von ca. CHF 140'000 bewilligen. Wir tun das mit flapsigen Sprüchen ab wie „andere Gemeinden waren halt auch so dumm beim Erstellen des Finanzplans“. Wir negieren die Fakten und investieren weiter munter vor uns hin. Es kommt mir vor, als würden wir in die Ferien gehen und wissen, dass wir CHF 1'000 für Essen, Trinken, Einkäufe etc. ausgegeben können oder dürfen. Wir geben aber CHF 2'000 aus. Der erwartete Ferienbatzen von CHF 100 trifft auch nicht ein, bzw. es sind nur CHF 50 und schliesslich wundern wir uns dann, warum die Planung nicht aufgeht. Es ist mir und der FDP-Fraktion klar, dass es immer zu unvorhergesehenen Investitionen kommen kann. Diese sind aber in unserem Plan nicht vorgesehen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass unsere finanzielle Zukunft noch mehr auf die Probe gestellt werden wird, als wir jetzt aufgrund des Plans glauben. Das wir auf der Einnahmen-Seite Probleme haben, geht aus dem Plan auch klar hervor. Die Corona Pandemie und deren Auswirkungen konnten weder der Gemeinderat noch wir voraussehen. Was aber nun noch klarer wird, ist die Tatsache, dass ein Steuerfuss von 110 % kurzfristig seine Berechtigung hat. Längerfristig müssen wir aber mehr als 115 % haben, dies nur schon, um das operative Ergebnis ansatzweise in den Griff zu kriegen. Die FDP Fraktion zieht daraus folgende Schlüsse: Der Steuerfuss von 110 % ist mittelfristig zu tief. Selbst ein Steuerfuss von 115 % wird die Situation nicht deutlich verbessern. Bei den Investitionen muss somit der Hebel weiter angesetzt werden: Schulbauten und Hallen- und Gartenbad zusammen geht für uns nicht. Unser Fokus liegt bei den Schulbauten, Hochwasserschutz Tobelbach: zwar beschlossen, geht aber nicht. Sanierung Hischenplatz Kirchdorf: kein Geld. Sanierung Kirchweg/Landschreiber: kein Geld. Schulhausneubau 2. Etappe: muss deutlich günstiger werden, später anfallen und in der Planung entsprechend aufgelistet werden. Ersatz TLF: kein Geld, muss noch weiterlaufen. Ersatz mech. Leiter: kein Geld, muss noch weiter funktionieren. Organisationsentwicklung: kein Geld. Verwaltungs- und Strukturanalyse: kein Geld. Bachöffnungen: kein Geld, irgendwann mal. Wir brauchen zusätzliche Massnahmen wie Aufzonungen. Wir brauchen lukrative Bauprojekte, welche auch umgesetzt werden. Beim Steuerfuss geraten wir langsam in Bereiche, welche auf Zuzügler abschreckend und auf gute Steuerzahler abschreckend wirken. Wir können es uns nicht leisten, zu testen, wie hoch die Bereitschaft der guten Steuerzahler ist, einen immer höheren Steuerfuss zu akzeptieren. Wir müssen den Hebel bei den Investitionen ansetzen und im Budget weitere Einsparungen suchen, finden und vornehmen. Der vorliegende Investitionsplan ist eine Auslegeordnung, darf aber so nicht realisiert werden.

Urs Müller: Ich möchte zu den Einsparungen etwas sagen. Ich habe mal einen Vorstoss gemacht, Zusammenlegung der Feuerwehr mit Untersiggenthal. Da hat man halbherzig darüber telefoniert und gesagt, sie möchten nicht. Ich hatte dort gesagt, wir können auch mit Baden Kontakt aufnehmen. Ennetbaden ist auch zusammengelegt. Ich hatte dort gesagt, bevor wir grosse Investitionen in die Feuerwehr machen, nicht die von heute, sondern zweimal eine halbe Million, müssen diese Gespräche wirklich stattfinden. Ihr werdet solchen Investitionen sicher nicht zustimmen, wenn das vorher nicht ernsthaft angegangen worden ist. Es geht hier um die Feuerwehr. Neben diesen Investitionen wird ein Ersparnis von rund CHF 200'000 üblich

sein. Das haben andere Beispiele gezeigt, dass 1/3 von den jährlichen Kosten eingespart werden kann. Das wär ein konkreter Vorschlag für das Sparen.

Erich Schmid: Der Aufgabenplan der Einwohnergemeinde weist mehr Investitionen auf als bisher. Nebst den bekannten Positionen, sind neue Bachöffnungen aus dem Abwasserplan eingeschoben worden. Vom Kanton sind Strassensanierungen angemeldet worden und sinnvollerweise wurden auch die Hausnummern eingesetzt bei den Sanierungen der Gemeinde eigenen Gebäuden, ohne dass diese bereits jetzt zugeteilt werden. Die vom Gemeinderat eingesetzte und durch die Finanzkommission unterstützte Steuerfusserhöhung von 5% ist nicht nur nachvollziehbar sondern aus unserer Sicht ein Muss. Wir hoffen natürlich, dass sich das Bild in den nächsten Jahren bessern wird. Marc hat da einige Punkte aufgelistet, welche nicht unbedingt Zuversicht wachsen lässt. Bei den Spezialfinanzierungen geht man die Gebühren im Jahr nochmals detaillierter an um allfällige Gebührenanpassungen für das Jahr 2022 ins Auge zu fassen.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion nimmt den Aufgabenplan 2021-2025 mit grösster Besorgnissen zur Kenntnis. Sollten alle Projekte so durchgeführt werden, würden die Schulden bis 2025 trotz einem bereits ziemlich stark erhöhtem Steuerfuss steigen. Von 95% auf 110% ist ein schöner Schritt. Und nichts desto trotz würden wir von CHF 19 Mio. auf CHF 48 Mio. Schulden ansteigen, das sind nicht die Zahlen von Linus, sondern welche die wir hatten. Diese hohen Schulden und die jährlichen Defizite, die wir ausschreiben, bedeuten für die Zukunft nichts anderes als eine massiv steigende Steuerlast. Wir bitten den Gemeinderat dringend nicht mit einem Steuerfuss von 110% in diesen Aufgaben und Finanzplan zu operieren, sondern mit einem Steuerfuss ab 2022 von 120%. Selbst wenn der Gemeinderat 115% Steuerfuss einsetzen würde, so eine Mittellösung, würden die Schulden immer noch auf CHF 43 Mio. ansteigen. Noch eine 5% Erhöhung bringt bei den Schulden etwa 5 Millionen weniger. Das ist auch nicht wahnsinnig viel. Da sieht man wie gross das Problem eigentlich ist. Wir bitten den Gemeinderat ab 2022, 120% einzusetzen. Das ist auch wichtig für die Bevölkerung. Da können wir die Schulden reduzieren. Aber es hat einen Preis. Es wird einen jährlichen Steuerbescheid Preis haben. Die Leute müssen wissen, sie haben weniger in Zukunft. Alles andere mit den 110% ist schön aber da machen wir uns nur etwas vor. Das ist Augenwischerei. Es ist nicht die Realität. Ich bitte nochmals kurz diese Folie zu zeigen, von Linus, die sehr gut ist, mit dem Anstieg der Verschuldung. Diese Visualisierung ist wichtig, dass wir wirklich verstehen, wo kommen wir her, wo sind wir und wo gehen wir hin. Das wir uns richtig verstehen, diese Visualisierung zeigt, eigentlich alles. Wir hatten mal eine Spitzenverschuldung 1995/1996 bei CHF 25 Mio. Wir schreiten, nach den neusten Zahlen von Linus, auf eine Verschuldung von 45 Millionen. Der grosse Unterschied ist nicht nur die Verschuldung, sondern im 1995/1996 hatten wir einen Steuerfuss von 95%. Wenn wir den rechten Balken nehmen; bei CHF 45 Mio. rechnen wir mit 110%. Das heisst die CHF 25 Mio. waren auch schon viel aber wir haben noch Reserve. Wir hatten wirklich Steuererhöhung-Reserve, die wir aber nie eingesetzt haben. Der Steuerfuss ist sogar zurückgegangen, die Verschuldung auch. Was dann die Gründe waren, weiss ich nicht konkret, aber man hat, wie das die FDP immer wieder verlangt, offenbar einen Plan gehabt, wie man die Verschuldung zurückführt. Jetzt schauen wir auf +/- CHF 45 Mio., ob wir dann auf CHF 40 Mio. sind, die Katastrophe ist immer noch gross. Das heisst, die Möglichkeit die Steuern unendlich zu erhöhen, die wird ja nicht möglich sein. Pro Bevölkerungsteil, jedes Kind, jede Grossmutter, jedes Neugeborene hat CHF 5'000 Schulden, nach diesem Plana Damit gehören wir zu den meist verschuldeten Gemeinden im Kanton Aargau. Ob wir das wollen; wollen wir diese Graphik so haben am Schluss?

Linus Egger, Vizeammann: Da hinten war die Dreifach-Turnhalle, ein Schwimmbad war vorher schon. Wir haben keine grösseren Investitionen gehabt da drin. Darum konnten wir herunterfahren. Solche Investition wie wir heute haben, mit Schwimmbad, mit Schulhaus, mit IT, Bachöffnungen, wenn ich das zusammen zähle, kommt man alleine schon mit denen bedeutend höher. Und die Dreifach-Turnhalle alleine hat schon CHF 11.6 Millionen gekostet. Jetzt kannst du es umlegen und dann kommst du automatisch nach oben. Es sind nicht meine Zahlen, sondern es sind unsere Zahlen.

Mia Jenni: Die SP-Fraktion hat den Aufgaben- und Finanzplan angeschaut und diskutiert. Uns ist positiv erschienen, dass die langfristige Übersicht über die anstehenden möglichen Ausgaben von der Gemeinde und ebenso von den Corona Ausfällen. Er würde wahrscheinlich besser aussehen, wenn wir schon letztes Jahr einer Steuerfusserhöhung der SP damals zugestimmt hätten, dann hätten wir dieses Jahr wahrscheinlich einen kleinen Steuerertrag. Auf diese zwei Punkte möchte ich trotzdem noch hinweisen: Ich glaube es wurde aber schon vom Linus und auch von Peter genannt, dass es sich beim Aufgaben- und Finanzplan um einen Plan handelt der nicht sakrosankt angeschaut werden darf, wie dies jeweils gemacht wird. Es muss also nicht unbedingt so düster aussehen wie der Aufgaben und Finanzplan. Und zum zweiten; oft wird auf die pro Kopf Verschuldung eingegangen. Wir müssen uns aber schon bewusst sein, dass die pro Kopf Verschuldung nicht einfach eine Verschuldung ist, sondern sie haben auch einen gewissen Gegenwert. Ein einfaches Rechenbeispiel meine pro Kopf Verschuldung ist um einiges tiefer, als die von meinem Vater aber mein Vater ist auch Hauseigentümer und Praxisteilhaber. Unsere Gemeinde hat also nicht nur Schulden, sondern sie hat auch einen Gegenwert. Sie hat ein funktionierendes Schulsystem, sie hat hoffentlich bald ein schönes Schwimmbad, sie hat Sportanlagen, sie hat Infrastrukturen und und und. Und mir scheint die Angst von der pro Kopf Verschuldung ein bisschen überdimensioniert. Bei der Steuerfussdiskussion gebe ich dann genauere Eingabe.

Carol Demarmels: Ich habe eine Frage zum Finanzausgleich an Linus; das hat sich geändert aber wir zahlen ja immer noch. Was muss den da passieren, dass wir noch etwas erhalten? Oder ist das in unserer Situation gar nicht möglich?

Linus Egger, Vizeammann: Einerseits reden wir immer vom Finanzausgleich, wenn wir das Thema unten anschauen, haben wir noch die Aufgabenverteilung. Wir bekommen da wieder Geld. Wir erhalten CHF 200'000. Im Budget sind es CHF 146'000, wenn ich die Zahlen recht im Kopf habe. Das hat zu tun vor allem auch mit dem Steuersubstrat. Wenn du noch weitere Details wissen möchtest, dann muss ich Bernhard Wehrli miteinbeziehen. Das sind aber so die wichtigsten Faktoren. Man muss eigentlich beides anschauen. Die Aufgabenverteilung und Finanzausgleich.

Carol Demarmels: Für mich stellt sich die Frage, gibt es Möglichkeiten, wie wir Gelder erhalten?

Linus Egger, Vizeammann: Mit der Aufgabenverteilung erhalten wir CHF 200'000. Das Steuersubstrat geht noch zurück für die Berechnung des Finanzausgleichs. Unsere Nachbargemeinde hat ein tiefes Steuersubstrat. Sie erhalten ca. CHF 750'000 Finanzausgleich. Sie zahlen aber bei der Aufgabenverteilung. Wenn wir so weiterfahren werden wir wahrscheinlich beim Finanzausgleich ins Minus fallen. Oder Beni?

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Ja.

Markus Renggli: Ich habe eine Frage an dich Peter Marten; du benutzt und auch andere, viel das Wort „der gute Steuerzahler“, also wie definierst du einen guten Steuerzahler? Und umgekehrt, jene die keine guten Steuerzahler sind, sind dann die schlechten Steuerzahler? Ich weiss, es gibt eine Progression. Schlussendlich auch einer, der wenig Steuern zahlt, bei Einbusung tut das genau so weh. Und finde den Fokus auf die guten Steuerzahler, das verhebt nicht auf einer Gemeinde. Wir sind jetzt eine gute durchmischte Gemeinde, mit wenig Selbständigerwerbenden. Die meisten sind in deinem Sinne jedoch schlechte Steuerzahler.

Peter Marten: Mir ist es sehr wohl bewusst, dass jeder der Steuern zahlt, dass das für jeden eine Belastung ist. Egal wie hoch der Betrag ist, das richtet sich je nach dem Einkommen. Das heisst, auch für jemanden der z. Bsp. CHF 500 zahlen muss, je nach dem, eine sehr grosse Belastung ist. Für einen sehr guten Steuerzahler, nach meiner Definition sind das CHF 70'000-80'000 Steuern die gezahlt werden müssen, ist das auch eine hohe Belastung. Das ist nicht gewertet auf die Person, die die Last tragen muss. Wenn man das anders anschaut und das ist

auch eine Tatsache, es ist, wenn wir vorwärts machen wollen, benötigen wir mehr Leute, welche in Franken einen grösseren Betrag an Steuern zahlen. Das ist meine Annahme mit den guten Steuerzahlern. Das ist nicht gewertet gemeint mit der Belastung, welche eine Person hat oder die sie tragen muss, überhaupt nicht. Das habe ich nie so gemeint. Sondern es geht mir wirklich darum, in absolutem Betrag gesehen, hilft es mehr, wenn wir mehr Leute haben, die mehr grössere Beiträge zahlen müssen. Das ist eine Tatsache. Was auch gut ist, wenn jeder seine Steuern auch wirklich zahlt. Auch das ist nicht gewertet. Es gibt Situationen bei denen es nicht möglich ist.

Christian Buser: Ich habe etwas zum pro Kopf Vergleich; das ist sicher wichtig. Und man kann schlecht schlafen mit tiefen Steuern pro Kopf, man kann gut schlafen mit extrem hohen Steuern pro Kopf. Das Thema ist doch die Handlungsfreiheit. Du kannst jederzeit dein Zelt abbuchen und ins Ausland studieren gehen. Er muss sich das anders überlegen. Kann ich das anders machen, wie kann ich das anders machen. Ich denke auf das müssen wir schauen, dass wir Handlungsfreiheit haben. Das wir nicht getrieben sind, sondern dass wir einen gewissen Grad an Selbstbestimmung haben, bei dem was wir müssen und bei dem was wir machen wollen.

Lukas Füglistler: Ich möchte noch etwas zum Votum von der Mia Jenni sagen. Wir werden nicht ein schönes Hallen- und Gartenbad haben. Wenn das Volk zur Investition ja sagt, werden wir ein saniertes Hallen- und Gartenbad haben mit einem einigermaßen Eingangsbereich. An der Struktur selber passiert gar nichts. Wir werden nach wie vor das Hallen- und Gartenbad haben wie es jetzt schon ist, ein bisschen moderner. Ich lade alle ein, den Kirchweg runter zu fahren. Von West nach Ost oder von Ost nach West. Es ist nicht schön. Wir dürfen dort durch eine Gasse hinauf fahren. Die Sanierung ist jetzt im Investitionsplan nach hinten verschoben. Jetzt schon zum 3. oder 4. Mal. Es ist nicht schön dort hinunter zu fahren. Es ist auch eine Gemeindestrasse. Also wir sind schon am Sparen. Die Leerstandsziffer von den Wohnungen in der Gemeinde Obersiggenthal ist hoch. Ich teile, die Meinung von Peter. Wir haben zu grosse Füsse für die Einwohner, die in unserer Gemeinde wohnen. Also entweder gehen die Steuer nach oben oder wir bringen mehr Leute in unsere Gemeinde, dass wir unsere Infrastruktur leisten können oder es muss weh tun und wir müssen abbauen. Und Wegnehmen tut immer weh, tut auch mir weh. Auch wenn ich Steuern zahlen muss, ich zahle sie auch gerne, weil ich weiss wohin sie fliesst, aber es tut weh.

Daniel Jenni: Gibt es sonst noch ein Votum? Wenn dies nicht der Fall ist, kläre ich das Geschäft für geschlossen. Es gibt keine Abstimmung, da der Aufgaben- und Finanzplan nur zur Kenntnis genommen wird.

7 2020.23 Budget 2021

Eintreten nicht bestritten

Linus Egger, Vizeammann: Ich habe bereits bei der Vorinformation gewisse Informationen abgegeben über das Budget. Wir haben auch hier gewissen Zahlen angepasst, welche ich euch noch präsentieren möchte. Ich gehe ein auf die Entwicklung von dem Nettoergebnis mit der Umstellung vom HRM2, das heisst von 2014. Wohin gehen die Steuergelder, dann Spezialfinanzierungen, ausserordentliche Positionen, Budget Korrekturen, Steuerentwicklung wie wir sie Stand August jetzt haben, dann auch Stellensuchende und das Ergebnis von den Spezialfinanzierungen. Nettoentwicklung von 2014, wie ich schon gesagt habe und habe euch hinten die prozentuale Veränderungen, welche wir hatten, aufgeschrieben. Wir haben hier drei markante Positionen, die Öffentliche Sicherheit. Das ist klar, wir haben ja vor 2-3 Jahren ausgelagert und das ist neu darin. Das sind rund CHF 300'000. Das ist diese Steigerung. Dann bei der Gesundheit, dort habe ich schon paarmal darauf hingewiesen. Dort haben wir rund

16% Steuerprozent, die wir für Gesundheit ausgeben. Das sind die ambulante und die stationäre Pflege. Was wir feststellen, dass die stationäre Pflege sich im Budget ziemlich ausgeglichen hält. Was wir für Veränderungen haben, ist bei der ambulanten Pflege und dort wissen wir noch nicht genau, wohin es auch geht. Da werden wir aber in 2-3 Monaten mehr sehen. Soziale Sicherheit ist auch eine markante Steigerung. Dort haben wir auch schon mehrmals darauf hingewiesen. Wenn wir jetzt nur die zwei, Gesundheit und die Soziale Sicherheit, zusammen zählen, da sehen wir, wo uns eigentlich die Hände gebunden sind. Und wenn wir die Bildung noch dazu nehmen, dann sind doch das, die grössten Positionen, wo wir quasi kein Handlungsspielraum haben. Und es hat auch andere Positionen. Wenn ich die Verwaltung anschau, ist auch dort der grösste Teil, da können wir nicht Einfluss nehmen. Dann habe ich hier eine 100er Note, ich hoffe jeder hier hat eine 100er Note. Wo geht das Geld hin? Wenn ich wieder die Sachen anschau, ein gutes Drittel geht an die Bildung. Dann ist Gesundheit und Soziale Sicherheit noch, mit CHF 13 und CHF 21. Grob gesagt gehen zwei Drittel von dieser 100er Note in diese drei Positionen. Dann habt ihr in der Aargauer Zeitung gesehen, dort war es abgebildet. Ich muss sagen, wir haben vom Gemeinderat sehr gute Rückmeldungen gehabt. Dann habt hier jetzt die Erfolgsrechnung, so wie ihr sie erhalten habt. Ich gehe nicht auf jede Zahl ein. Das operative Ergebnis mit denen rund CHF 1.3 Mio., welche ich bei Aufgaben- und Finanzplan darauf hingewiesen habe. Wir haben für die Pandemie rund 7% herausgenommen. Davon sind 2% für jetzt und etwa 5% für das nächste Jahr. Garantie kann ich keine abgeben. Das ist eine Schätzung. Der Kanton sagt, dass die Aktiensteuern etwa 15% weniger und natürliche Steuern etwa 2.5% sein werden. In der Vergangenheit hatten wir immer schlechtere Zahlen, darum haben wir das mal so angenommen mit diesen rund 5%. Ich bin aber der Meinung, wir gehen in die richtige Richtung. Wir haben auch in der Fiko intensiv darüber diskutiert. Wie stehen wir? Sind wir zu aggressiv oder nicht? Wir sind der Meinung, nein sind wir nicht, wir wissen nicht mehr. Wir sind aber auch der Meinung, dass wir nicht mit einer Steuerfusserhöhung, welche bei der Pandemie hinunter ist, die Kosten wieder nach oben holen. Bei den Aufgaben und Finanzplan haben wir mal 2% am Anfang 2022 und 2023 haben wir 1.5% angenommen. Da werden wir sicher, wenn wir Ende dieses Jahres sehen oder auch im Laufe vom nächsten Jahr, die Wahrheit erhalten. Der Selbstfinanzierungsgrad, welchen wir hier haben, der ist sehr tief. Das haben wir vorher auch auf der Graphik gesehen. Den müssen wir unbedingt verbessern. Das heisst, wir sollten im operativem Ergebnis, an welchem wir die CHF 1.3 Mio. haben, zu den Abschreibungen hin, rund CHF 1.5 Mio. positiv haben, das wir in der Grössenordnung auf CHF 3.5-4 Mio. kommen. Dann können wir sagen, wir können uns diese grösseren Investitionen oder Selbstfinanzierungsgrad bedeutend verbessern. Das hatten wir früher einmal. Aber dann hatten wir auch die Gesundheitskosten nicht in diesem Ausmass gehabt. Dann haben wir hier ausserordentliche Positionen. Ich lese nicht jede herunter. Steuerfusserhöhung haben wir schon angetönt. Wir haben hier verschiedene Sachen. Wenn ich das Fahrzeug, welches in die Spezialfinanzierung gehört, herausnehme, dann kommen wir auf etwa CHF 430'000. Mit dem Fahrzeug sind es CHF 490'000. Das sind zum Teil einmalige Kosten. Aber der Aufgaben und Finanzplan ist auch auf diesen aufgebaut mit der Wachstumsrate. Sobald wir hier weiter sehen, müssen wir auch dort vielleicht Anpassungen vornehmen. Wir haben das in der Fiko auch angeschaut. Zum Beispiel auch Lagerung von gefährlichen Flüssigkeiten, das ist auch Reinigungsmaterial, welche wir anders lagern müssen. Das sind zum Teil einmalige Anschaffungen und viele sind einmalig. Grabfelder, wo wir später darauf zurückkommen, müssen wir räumen. Im Budget haben wir CHF 52'000 dafür. Und warum müssen wir sie räumen? Die Grabruhe ist abgelaufen. Wir haben Angehörige, welche die Felder nicht mehr pflegen. Das heisst wir sind darüber hinaus. Wir müssen das jetzt machen. Das sind im Budget CHF 52'000. Die Budgetkorrektur wird man dann beim jeweiligen Konto beantragen oder der Daniel wird euch noch fragen, ob ihr so über die Positionen abstimmen möchtet. Ich denke, Schneesporthlager, welches wir hier haben, die rund CHF 45'000, das setzt sich aus verschiedenen Positionen zusammen. Und ich weiss nicht, ob das Sinn macht, wenn wir bei jedem Konto abstimmen, das können CHF 20'000 aber auch CHF 300-400 sein. Da müsst ihr dann schauen, wie ihr darüber abstimmen möchtet. Vor allem ist es wichtig, wir haben da Kosten, sind mit CHF 140'000 im Budget. Aber Elternbeiträge müssen wir ja auch reduzieren. Und wir haben rund CHF 10'000 stehen gelassen, dass wir für die Häuser, die wir abmelden müssen, müssen wir teilweise etwas zahlen. Dieser Betrag ist wie gesagt, mit CHF 10'000 drin. Dann haben wir diverse Konti, IT- Schule. Das ist das, worüber ihr vorher abgestimmt habt. Die

Kosten kommen zum Budget aus der Erfolgsrechnung. Es kommen aber auch Kosten wieder rein. Das sind rund CHF 65'900, womit wir dann auch die Erfolgsrechnung entlasten können. Bei den Grundstückgewinnsteuern haben wir einen Vergleich mit der Vergangenheit gemacht. Da könnten wir aus unserer Sicht CHF 50'000 das Budget verbessern. Das wir da Verbesserungen von CHF 101'000 gegenüber der Vorlage, welche ihr habt. Noch ein Einschub, ich bin gefragt worden, von den Steuereinnahmen. Hier wird ja die NAB Bank geschlossen in Obersiggenthal. Was das in den Steuern ausmacht. Ich muss so sagen, ich sage auch nicht, wie viel der Meier, der Huber oder der Egger, Steuern zahlt. Wir haben das angeschaut, aber in dieser Reduktion, welche wir eingerechnet haben, können wir das vertreten und es ist dort drin enthalten. Die jetzige Steuerentwicklung, ihr seht da hinten den Budgetwert und hier seht ihr wie sich das verändert. Anfangs Jahr wird der provisorische Wert eingestellt und dann wenn die definitive Rechnungen oder die Steuererklärungen eintreffen, passt man entweder nach oben oder nach unten an. Und wenn wir das hier anschauen, fehlen hier noch rund CHF 1 Mio. zu dem Punkt bei der Prognose hinten, um diese zu erreichen. Noch einmal, das ist Stand August. Dann habe ich hier die Stellensuchenden aufgelistet. Wir haben mit dem RAV ein Abkommen, dass sie uns das jeden Monat melden. Und wenn wir das nun anschauen, haben wir von Anfangs Jahr bis jetzt fast etwa 90 mehr. Wir behaupten, dass die Kurve steigen wird. Auch das hat Einfluss auf unser Steuersubstrat. Wie viel bei jedem Einzelnen können wir nicht sagen, sondern damit wir das, in etwa, abschätzen können. Aber ihr könnt es selber im Kopf ausrechnen, wenn jeder CHF 3'000 Steuern zahlt, was das ergibt. Wir konnten schon die letzten 2-3 male die Ergebnisse damit decken. Dann Spezialfinanzierungen sehen sie hier Wasser, Abwasser und Abfall. Hier möchte ich nicht weiter eingehen. Wir haben auch gesagt, dass wir die Gebühren das nächste Jahr anschauen müssen. Ich habe in dem Aufgaben und Finanzplan euch das auch aufgezeigt, wie es da etwa steht.

Ursula Haag: Das vorgelegte Budget weist ein operatives Ergebnis von CHF -1.28 Mio. aus. Da ist die 5% Steuererhöhung schon einberechnet. Auch prospektive Auswirkung von Covid-19 auf die Steuereinnahmen sind berücksichtigt worden. Trotzdem haben wir ein Defizit von CHF 1.2 Mio. In der Zwischenzeit ist das Budget schon unter anderem Fokus anzuschauen. Wir haben Sanierung von Hallen- und Gartenbad und der Neubau vom Schulhaus Goldiland. Solche Investitionen kann auch vom Volk angenommen werden. Müssten wir von der Sicht der Fiko eigentlich eine Steuerfusserhöhung von mind. 10% beantragen. Mehrheit von der Fiko kann das aber nicht unterstützen. Die Fiko, als finanzielles Wissen von der Gemeinde, ist sich aber bewusst, dass der Fall eintreten kann, dass die Investitionen vom Volk gut geheissen werden und Steuerfusserhöhung von 5% abgelehnt wird. Das ist aus unserer Sicht natürlich wirklich eine grosse Katastrophe. Und eine grosse Überzeugungsarbeit vom Einwohnerrat und vom Gemeinderat ist gefordert, dass der Worst Case nicht eintritt. Wir haben bei der Prüfung festgestellt, dass sowohl die Verwaltung wie auch der Gemeinderat das Budget intensiv überarbeitet hat. Aus Sicht von der Fiko hat es doch einige Positionen gegeben, welche wir auch nach der gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat, kontrovers mitgeteilt haben. Darum werden wir noch einige Anträge an den Einwohnerrat stellen. Bei den entsprechenden Budget Positionen. Ihr habt diese auch in unserem Bericht schon lesen können. Die Anträge von der Fiko waren nicht immer einstimmig, aber wir bitten euch, unsere Begründungen wohlwollend zu prüfen und den Anträgen zu zustimmen. Fiko begrüsst den Verzicht einer generellen Lohnerhöhung. Die strukturellen Anpassungen von +0.4 können wir unterstützen. Die Pensumerhöhung von 55% bei der Abteilung Jugend- und Schulsozialarbeit können wir aber nicht unterstützen. Aus unserer Sicht ist diese Erhöhung im Budget 2021 nicht dabei. Bis jetzt sind noch nie konkrete Vorschläge zur Reduktion von den Leistungen der Gemeinde diskutiert worden. Wir haben uns bis jetzt immer noch alles Bestehende geleistet. Doch wir sind überzeugt, dass wir uns diese Frage stellen müssen. Das ist wirklich die Aufgabe von der Gemeinde. Und was könnten auch die Privaten tragen? Ich möchte betonen, wir leben in einer sehr schwierigen Zeit. Im Moment ist alles waage wohin wir greifen. Unsere Gemeinde wird durch verschiedene Faktoren sehr stark gefordert. Wie weit wir durch Covid-19 betroffen sein werden, sei es durch Steuereinbussen oder soziales Feld oder was die Schliessung von der NAB Filiale für Auswirkungen hat oder immer noch die hohe Belastung von den alten Strukturen von der Gemeinde, die sich in den hohen Spitexkosten niederschlägt. Mehr denn je haben wir die Lage noch nicht wirklich begriffen und geben das Geld mit vollen Händen aus.

Erst recht wäre es angebracht, Prioritäten zu setzen und das Nötige vom Wünschbaren zu unterscheiden.

Daniel Meier: Die CVP-Fraktion hat das Budget geprüft. Das operative Ergebnis von – CHF 1.3 Mio. hat bei uns auch zu grösseren Diskussionen geführt. Was wir sehen ist, dass auf der Aufwand Seite ist, wurde gespart und optimiert was man kann. Ich glaube das hat man sehr gut gesehen. Sowohl in der Verwaltung, wie auch dort wo wir den Hebel ansetzen können. Allerdings sehen wir im Gesundheitswesen, wie auch bei den Sozialkosten, vor allem bei den Sozialkosten, dass es doch wieder massiv ansteigen wird. Das wird schwierig werden. Zudem kommt dazu, dass die Aufwertungsreserven aufgebraucht sind. Von der konnten wir ein paar Jahre zehren. Das ist jetzt auch leider vorbei. Damit ist die Zitrone wirklich ausgepresst. Weiter gibt uns zu denken, der rückläufige Steuerertrag auf CHF 25.3 Mio., was wieder eine Abnahme ist. Was wir auch bereits schon gehört haben. Klar kommt da auch noch die Corona Pandemie dazu und eine Nettoverschuldung von CHF 23 Mio. oder eben CHF 2'100 pro Kopf führen wird. Trotzdem sind wir in der CVP-Fraktion der Meinung, dass wir den Blick nach vorne richten müssen und wir haben bereits in der letzten Sitzung ein neues Schulhaus genehmigt. Wir haben das Schwimmbad genehmigt. Uns ist wichtig, dass wir nach vorne schauen, dass wir nicht nur die Kosten auf der einen Seite sehen, sondern dass wir auch sehen „was kriegen wir dafür“. Damit auch für die zukünftige Jugend, Kosten auf der einen Seite haben, aber auf der anderen Seite auch ein gutes Schulhaus, gute Infrastruktur etc. Damit sind wir der Meinung, dass wir dem Budget zustimmen, wie auch Investitionsrechnung, Eigenwirtschaftsbetrieb. Wimi Wittwer hat uns überzeugt mit seinem Stellenerhöhungsantrag. Wir würden auch dem mehrheitlich zustimmen.

Marcel Müller: Wir haben ein Rückweisungsantrag für das Budget erstellt. Soll ich den Antrag bringen?

Daniel Jenni: Ja.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion stellt einen Rückweisungsantrag des massiven Minusbudgets für das Jahr 2021. Die SVP-Fraktion kann einem Budget mit einem Minus von hohen CHF 1.3 Mio. oder rund 6 Steuerprozenten nicht zustimmen. In den nächsten Jahren werden gemäss Aufgaben- und Finanzplan 2021-2025 nur Minusbudgets auf uns zukommen. Die SVP-Fraktion stellt diesen Rückweisungsantrag mit dem Auftrag an den Gemeinderat zur Vorlage eines ausgeglichenen Budgets 2021 an der nächsten Einwohnerratssitzung.

Christian Buser: Ist das zeitlich realistisch?

Linus Egger, Vizeammann: Wenn ich ganz ehrlich bin, nein. Es gibt Fristen bei denen die Unterlagen abgegeben werden müssen. Wenn ich jetzt ehrlich bin, wir haben in diesem Budget schon über CHF 1 Mio. heraus genommen. Jetzt geht es ja noch um die Pandemie, die wir angenommen haben. Es wäre nicht ehrlich, wenn wir den Betrag für die Pandemie wieder aufrechnen würden, nur damit es unter dem Strich aufgeht. Das kann es nicht sein. Immer ein Thema ist die Bibliothek. Es sind nicht die CHF 100'000 die ich heraus streiche. Ich muss Erträge heraus nehmen und dann heisst es in der Schule wird die Bibliothek aufgebaut. Ich kann nur immer die Differenzen nehmen. Das ist, wenn man das seriös machen möchte, nicht richtig.

Marcel Müller: Der Punkt ist dieser, macht uns die Corona Geschichte jetzt einen Strich durch die Rechnung. Aber wenn man den Aufgaben- und Finanzplan anschaut, wenn wir davon ausgehen, das wissen wir im Moment halt nicht, Hallen- und Gartenbad wird beim Volk angenommen, Schulhaus wird ziemlich sicher angenommen, Hallen- und Gartenbad ist auf der Kippe. Meine persönliche Meinung, dann werden wir über kurz oder lang nicht nur über Ausgaben reden. Ich verstehe Linus Egger zu 100%. Auf der Ausgabenseite wird das nicht möglich sein. Dann gibt es die Einnahmenseite. Es hat in der Fiko Diskussionen gegeben über den Steuerfuss und es hat einen Entscheid gegeben über die 5%, dass man das unterstützt. Aber wir haben vorher skizziert, dass die 5% langfristig nicht reichen, mittelfristig auch nicht. Ich glaube es wär nichts als Recht, darum fordern wir ein Ausgleichungsbudget, dass wir auf der

Einnahmenseite jetzt dem Volk sagen, die 5% reichen jetzt nicht, reichen morgen nicht, reichen übermorgen nicht. Darum weisen wir das Budget zurück. Nicht dass die Verwaltung noch mehr sparen muss, darum geht es nicht. Sehe ich auch. Es geht um die Einnahmenseite. Das ist jetzt zum Überlegen, ob wir das von der Gemeinderatsseite her nicht noch einmal überlegen. Weil beim Antrag Budget geht es auch um den Steuerfuss.

Mia Jenni: Ich bin ein bisschen irritiert nach dem Antrag. Ich finde es ehrlich gesagt ein bisschen frech gegenüber den Menschen, die das Budget ein Jahr lang zusammenstellen und hinunter kürzen und wieder kürzen. Aber jetzt sagst du, ihr seid eigentlich nicht dafür, dass wir nicht noch mehr kürzen. Wir können die Zitrone nicht mehr auspressen. Es gibt Investition, die seit Jahren warten. Dann sollte man konkrete Anträge stellen und nicht das ganze Budget ablehnen. Die Steuerfusserhöhung ist etwas worüber wir noch separat abstimmen werden. Das hat ja eigentlich also auch nicht damit zu tun, dass wir das Budget zurück weisen oder nicht. Ich verstehe nicht ganz, was der Punkt ist, warum man das ganze jetzt zurückweist.

Erich Schmid: Ich war bei der Medienmitteilung irritiert und bin es immer noch. Es ist nicht weiter gegangen. Ich bin klar dafür, dass wir das Budget behandeln und die Rückweisung ablehnen. Wenn es nur die Einnahmenseite, der Steuerfuss ist, dann stellt doch einen Antrag für eine Steuerfusserhöhung +11% oder +20%, dann können wir darüber diskutieren. Warum soll das Budget abgelehnt werden. Das ist kein Grund. Ich bin wirklich irritiert, was ihr da macht. Aber vielleicht begreife ich das einfach nicht.

Abstimmung

Antrag SVP-Fraktion: Rückweisungsantrag für das Budget 2021

Der Antrag von der SVP wird mit 7 Ja-Stimmen zu 33 Nein-Stimmen abgelehnt.

Mia Jenni: Auch wir haben das Budget 2021, Stück für Stück durchgeschaut. Wie in den vergangenen Jahren war es nachvollziehbar und stichfest. Erneut sind wir auch über die Sternchen dankbar, die auf Kommentare zu den Geschäften hinweisen. Vielen Dank. Weiterhin fällt auf, dass der Anteil der gebundenen Kosten hoch ist und unser Spielraum als Gemeinde entsprechend klein. Das alleine kann nicht durch reine Erhöhung des Steuerfusses berechtigt werden, sondern es muss sich auch auf anderen Ebenen etwas tun. Es ist auch nicht im Sinn von der SP, dass wir non stop die Steuerzahler in der Gemeinde immer mehr belasten. Das macht auch eine Gemeinde wirklich unattraktiv. Es geht auch darum, dass wir auf kantonaler Ebene andere Steuerpolitik machen. Ich denke in den man Unternehmen stärker besteuert und in diesem Rahmen möchte ich auf ein Umdenken in der Steuerpolitik hinweisen, egal in welcher Partei. Jedes Jahr die Zitrone weiter auszupressen ist zermürend und das müssen unsere Grossrätinnen und Grossräte hören. Besonders im Wahljahr, teilt es ihnen doch mit, wie fest wir auf der Gemeindeebene immer reduzieren müssen. Wir sind eine attraktive Wohngemeinde und möchten weiterhin eine bleiben. Das benötigt Investitionen in die Infrastruktur.

Peter Marten: Das vorliegende Budget 2021 zeigt die Notwendigkeit von der Steuerfusserhöhung klar auf. Die vorgeschlagenen 110% reichen eigentlich nicht. Das wissen wir alle hier. Für die FDP-Fraktion sind diese 110% aber trotzdem eine gute Lösung oder besser gesagt eine vertretbare Lösung. Das kommende Jahr mit dem Abschluss 2020 von der Corona-Pandemie geprägt sein wird. Die wirtschaftlichen Folgen sind noch nicht abschätzbar. Es ist auch noch nicht abschätzbar, logisch bei den Steuereinnahmen, aber ich denke, was definitiv ist und was wir jetzt schon sagen können, dass wir sicher für das Jahr 2020 weniger Steuereinnahmen haben werden. Es wäre darum jetzt verlockend zu sagen, wir heben das noch stärker an. Das ist auch ein Gedanke, welches wir bei der Fraktion hatten. Wir haben uns aber dagegen entschieden und zwar mit der Überlegung, wir haben jetzt schon relativ viele Leute, die relativ stark leiden wegen dem Corona-Effekt. Das sieht man mit der Arbeitslosenrate, welche steigt.

Das sieht man sonst mit gewissen geschäftlichen Entwicklungen und wir sind der Meinung, dass wir hier nicht noch auch eine reinhauen müssen und die Corona Krise als Anlass nehmen, den Steuerfuss nicht noch weiter zu erhöhen jetzt in dem nächsten Jahr. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben aber die Richtung geht ganz klar in Richtung 115%. Mit Blick auf die einzelnen Positionen sind wir gespannt, ob die Kosten für die ambulante Krankenpflege tatsächlich nicht höher ausfallen werden. Bin sehr gespannt darauf, ob das bleiben wird. Erstaunt zur Kenntnis nehmen wir aber, dass das Honorar für externe Beratung und so weiter, immer noch bei CHF 418'000 liegen. Jene die schon länger dabei sind, wissen dass das für mich, als ehemaligen Fiko-Präsidenten, eines von meinen Lieblingsthemen gewesen ist. Immer wieder gebracht, hat aber, offensichtlich, nichts genutzt. Es ist mir klar, dass ein Teil bei Mehrwertabgaben finanziert wird, aber das ist auch Geld, wo wir der Meinung sind, dass das Nachhaltig von oben nach unten nehmen sollten. Auf weitere Konti möchte ich nicht eingehen. Ich habe bereits ein längeres Votum gehabt mit den Finanzen und Investitionsplan. Die Sparanträge von der Fiko werden wir mehrheitlich unterstützen und im Budget 2021 zustimmen.

Daniel Jenni: Jetzt kommen wir zum Budget selber. Es sind Budgetkorrekturen, welche einfließen, welche wir eigentlich auseinander nehmen können. Ich wäre eigentlich dafür, dass wir das in globo zustimmen würden bzw. im Globo genehmigt. Gibt es da Gegenmeinungen?

Christian Buser: Ich habe eine Frage zum Liegenschaftskonzept ImmoTool. Ist in diesem Betrag das Tool inbegriffen oder stellen wir wieder einen Berater ein für CHF 60'000, welches Tool wir uns beschaffen sollen?

Peter Stucki, Gemeinderat: Wenn es noch weitere Fragen zu dem gibt, hätten wir noch eine Folie, welche wir vorbereitet haben zum Aufzeigen. Aber zum deine Frage direkt zu beantworten; es ist dabei. Auch die Jahreslizenz später ist mit CHF 1'500 nicht die Höhe. Es ist das einmalige Erstellen. Wenn das Bedürfnis da ist, kann man es noch ausdrücklicher zeigen.

Ursula Haag: Wir haben ja beim Rundgang diskutiert, dass wir ein Inventar machen. Das wäre jetzt das, oder? Ich meine, wir haben ja mal herausgefunden, dass das ziemlich notwendig wäre.

Peter Stucki, Gemeinderat: Ja, darum haben wir es ja drin.

Peter Marten: Bekommen wir jetzt noch eine Erklärung zu diesem Tool oder erst später.

Peter Stucki, Gemeinderat: Wir haben in Obersiggenthal 25 Gemeindeeigene Liegenschaften. Mit einem Gebäudeversicherungswert von CHF 110 Mio. Da haben wir eine kleine Liegenschaft, das fängt mit dem Schützenhaus an, dann haben wir 5 kleine Liegenschaften, 10 Mittelgrosse, 4 Grosse, 5 sehr Grosse, eines davon wäre auch das Hallen- und Gartenbad und die Sporthalle. Das ist das was wir haben. Das ist eher überdurchschnittlich viel. Wir haben auch über das Schulhaus diskutiert. Wir haben natürlich deutlich mehr Kindergärten, Schulhäuser, wie z. Bsp. unsere Nachbargemeinden, nur mit zwei Schulhäusern in Untersiggenthal. Das macht es nicht billig und es sind auch unterschiedlichste Jahrgänge. Wir möchten an und für sich zustandsorientiertes Liegenschafts- und Unterhaltungskonzept schaffen. Das soll gerade, wenn wir jetzt bei den Aufgabe- und Finanzplan geredet haben, auf die nächsten 25 Jahre einigermaßen Planungssicherheit geben, wenn die Gefahr eigentlich bei grossen Posten naht. Wir haben mit dem Selbstbetrug aus den vergangenen Jahren vor aufzuhören, wo wir einfach eine Summe eingestellt haben. Weil wir gesagt haben, das entspricht etwa dem, was eine Bank verlangt, wenn sie einem eine Hypothek bietet vom Versicherungswert. So ein Tool wird es erlauben, das deutlich klarer zu planen und dort auf eine lange Sicht Informationen zu übernehmen, wieviel Geld muss man in die Hand nehmen. Vielleicht gelingt es dann auch zu einer Planungssicherheit, Neubauten besser zu steuern. Aber ohne denn, wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben, ist es auch eine Möglichkeit. Die meisten Gemeinden in der Schweiz machen es so in ihrer Vergangenheit ohne Konzept. Und wenn es hinein regnet, müssen wir es flicken, aber das Geld haben wir nicht. Das haben wir ja erlebt, Jahrzehnte lang.

Die Aufnahme von 25 Liegenschaften ist nicht einfach. Wir sehen, dass es dreistufig ist. Es benötigt zuerst die Zustandsaufnahme, nachher sind Langstellungskonzepte und ein Mehrjahresplan. Wir sehen dort, was man so rein bei einer Liegenschaft in etwa anschauen muss. Die einzelnen Gebäudeteile, alle sind bereit, weil sie unterschiedliche Lebensdauer haben. Wir sehen da die Schulhäuser etc., die prozentuale Aufteilung, ob es Expertenbeurteilung benötigt für die komplizierten Berechnungen. Ich schaue in diese Richtung und nicht zu den Gemeindeangestellten hinter mir. Aber ich muss sagen, dass auch da professionelles zum Machen gibt. Das Knowhow sicher, teilweise aber die Erfahrung, die benötigt wird, die Liegenschaften einzuschätzen, weiss ich nicht wo das hin soll. Was wir auf jeden Fall nicht haben, sind die Ressourcen. Das macht man nicht über die Nacht. Das ist eine Monsterarbeit, wenn man das richtig machen möchte. Wir sehen dort rechts eigentlich den Wunsch von uns allen, denke ich. Dass man bei einer 25 Jahressicht davon ausgehen kann, wenn die grossen Kosten kommen. Das soll den Auftrag, welchen wir gerne vergeben möchten für CHF 60'000 einmal zu schaffen. Anschliessend das Tool wie gesagt, ist an und für sich eine billige Sache. Die Lizenzen kann man im Budget ohne Schmerzen einfügen. Man muss das auch nicht jedes Jahr neu aufnehmen. Wenn wir dann mal eins haben, dann hält das. Dann kann man es periodisch überprüfen. Ich denke es ist eine sinnvolle Investition. Es hilft uns. Erstens weil wir viel mehr Liegenschaften haben wie andere Gemeinden. Zweitens weil das einfach grosse Kostenpunkte sind. Wir wissen, wir haben drei Kindergärten gleichzeitig eröffnet, die werden gleichzeitig fällig, aber wann? Wenn wir das wüssten, denke ich, dann wäre es in den Aufgaben und Finanzplan deutlich wertvoller als es erscheint. Wir möchten das gerne anschaffen. Wir haben zwei Offerten im Haus von zwei verschiedenen Firmen, die das anbieten. Sie sind beide etwas unter CHF 60'000. Wir haben noch darüber gestritten aufgrund von den Eigentumsverhältnissen über die Kindertagesstätte Goldiland, ob wir das da drin haben möchten. Es gehört ja eigentlich der Gemeinde. Egal wie die Verträge mit dem Verein aussehen. Also es wären alle Liegenschaften dabei. Ich denke, es ist eine vernünftige Sache. Es wäre der professionellere Weg, als wir es in der Vergangenheit gehabt haben. Zeitlich ist es so gewesen, wir haben CHF 6'000 für den Studenten, um das alte Modell, das Tool, abzufüllen. Das Tool ist leider defekt. Die Studenten sind heute schon längst ausgeflogen. Die sind nicht mehr zu finden. Es ist so alt, das Exceltool. In der Corona Zeit hätten wir auch niemanden finden können, welcher das versucht hätte abzufüllen. Wir haben das studiert und finden, dass muss ein Fachmann sein. Das kann man nicht einfach so aus dem Ellbogen.

Peter Marten: Ich denke, das ist grundsätzlich eine gute Investition. Ich bin aber doch mehrfach irritiert. Also ich bin schon seit ein paar Jahren im Einwohnerrat und durfte ein paar Jahre in der Fiko sein. Ich durfte ein paar Jahre Präsident sein. Mir wurde x-Mal gesagt, wir hätten ein Unterhaltskonzept. Und da bin ich jetzt schon erstaunt. Ich weiss nicht, bin ich als Präsident, von der Fiko angelogen worden oder versteht man da etwas anderes? Zweitens, wenn ich höre, dass Programme nicht mehr laufen, weil sie defekt oder uralt sind, frage ich mich, ob wir nicht ein IT-Unterhaltskonzept haben, wo wir merken, dass fließt im Programm, dass wir im End of Life ankommen. Oder ist es so, dass man gar nicht gewusst hat, dass man das Programm hat, weil man es gar nicht unterhalten hat. Das kann man jetzt vielleicht nicht beantworten aber was ich gerne beantwortet haben möchte, ist werden unsere Programme gewartet und merkt man, dass die Programme irgendeinmal nicht mehr funktionieren werden?

Peter Stucki, Gemeinderat: Es handelt sich da um eine Excel Version, welche Studenten für uns gebastelt haben. Es wurde nie in Betrieb genommen. Es ist schon einige Jahre her. Ich weiss nicht wann es gebaut wurde. Man hat immer davon geredet aber nie genutzt. Ob es ein Konzept gegeben hat, dieses ist heute im Gemeindehaus nicht auffindbar, weil es einfach eine Pensionierung gegeben hat. Es kann sein, dass man nach Etwas gelebt hat, aber es existiert nicht.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Zur IT: es ist so wir haben jemanden im Gemeindehaus, der das professionell betreut, diese Software professionell wartet. Wir haben Serviceverträge. Da kann ich dich beruhigen.

Erich Schmid: Ist es die Anschaffung des Tools und das einmalige Eingeben aller Daten?

Daniel Jenni: Ja.

Erich Schmid: Wer macht die Verwaltung? Eine externe Person oder einer aus dem Haus? Du hast ja gesagt, es gibt niemanden mit Knowhow.

Peter Stucki, Gemeinderat: ja.

Anton Marjakaj: Wer macht die Verwaltung? Ist dies eine externe Person oder jemand im Haus?

Peter Stucki, Gemeinderat: Nein, das ist eben das, was wir einkaufen. Externe werden das systematisch vornehmen. Wir werden dann darüber reden, diskutieren und freigeben. Das ist in diesem Preis enthalten.

Anton Marjakaj: Nebst den Lizenzen muss man das noch verwalten. Wird das nachher Intern gemacht?

Peter Stucki, Gemeinderat: Wenn das mal läuft. Wir müssen das nicht jedes Jahr in die Hände nehmen. Wenn wir das Konzept haben, dann haben wir es. Wir werden es dann nach 3-4 Jahre prüfen. Und wir haben ja dann die Lizenzen, welche diesen Dienst anbieten und wenn sie den dann nicht mehr anbieten, dann nehmen wir einen anderen Profi, wenn es nötig ist. Gewisses Knowhow haben wir schon. Ich denke an die Bauverwaltung und die Liegenschaftsverwaltung, wenn sie dann mal das Konzept haben, kann man vieles davon selber machen.

Urs Müller: Soweit ich mich erinnern kann, haben wir sogar gefordert, dass wenn man solch ein Konzept macht, nicht im Blindflug daher kommt. Und zwar, dass man es so macht wie beim Wasser- und Abwasser, wo wir eine Planung haben. Ich weiss nicht, ich glaube das ist sogar etwas, was wir wollten.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat: Liegenschaftskonzept Immo-Tool für CHF 60'000 soll ins Budget 2021 aufgenommen werden.

Dieser Antrag wird mit 38 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Daniel Jenni: Jetzt kommen wir zum Rest der Budgetkorrekturen. Darin sind mehrere Sachen dabei. Linus Egger hat aufgezeigt, um was das es geht. Gibt es da noch Fragen? Weil dann würden wir über die Budgetkorrekturen im Votum abstimmen ohne das Liegenschaftskonzept, das ist weg.

Antrag Gemeinderat: Den Budgetkorrekturen soll zugestimmt werden.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Peter Marten: Ich habe eine Verständnisfrage. 2170.3144.00 wegen der Signaletik. Es ging dabei über das Gebäudeleitungssystem bei der Schulliegenschaft in Unterboden Hochbauten. Da gab es eine Aufstellung, welche ich nicht gesehen habe. Ich weiss nicht, was gemeint ist.

Daniel Jenni: Das ist auf Seite 10.

Peter Marten: Das sind CHF 40'000-50'000 für ein Leitsystem. Werden da Pfeile aufgeklebt oder was ist das? Was muss ich mir da vorstellen?

Robert Wyss: Das ist für die Beschilderung, z. B. wo sind die Fluchtwege. Beim Rundgang hat man das gesagt oder angetönt. Aufgrund von der Sicherheitsbewertung der Hauswarte, sind das Massnahmen, welche gemacht werden müssen.

Ulrich Meier: Von der Fiko noch schnell. Ich komme bei den Investitionsrechnungen noch genau zu der Position. Mir ist das vorher nicht aufgefallen bei dir, aber ich glaube, das ist doppelt da drin. Ihr habt es vom Gemeinderat mal nach hinten verschoben und möglich, dass es da noch drin ist. Könnte für mich aufgehen. Wenn ihr diese Position bei der Investitionsrechnung anschaut, dort ist diese drin.

Sandra Hehli: Die Fiko stellt einen Antrag zum Konto 5440.3144.00 Abteilung Jugendschutz und Unterhalt Hochbauten. Das Konto ist um CHF 54'200 zu reduzieren (von alt CHF 56'400 auf neu CHF 2'200). Die Dachsanierung wird von Jahr zu Jahr günstiger. Im Jahr 2019 waren diese bei CHF 64'000. Dieses Jahr wären es CHF 48'800 gewesen. Diese Budgetkosten, also das Jahr 2020, hat der Gemeinderat von sich aus gestrichen. Nun sind wir für die Dachsanierung auf CHF 48'000 für Budget 2021. Angesichts der kranken Finanzen, sowie ein fehlender Gebäudeunterhaltskonzept, was heute bewilligt wurde und den doch sehr hohen budgetierten Sanierungskosten für diesen kleinen Flachdachbereich im Jugendhaus, empfiehlt die Fiko, diesen Posten zu streichen.

Auch eine neue zeitgemässe Beleuchtung für CHF 6'200 macht für die Fiko in der heutigen finanziellen Lage keinen Sinn. Zumal die Alte ja noch funktioniert. Der Fiko liegt zwar ein Konzept bzw. ein Aufgabenbeschrieb über die Jugendarbeit in Obersiggenthal vor. Leider sind darin jedoch keine Angaben zur mittel- bis langfristigen Nutzungsplanung der verschiedenen Standorte enthalten.

Mia Jenni: Erneut wird die Renovation des Jugs-Daches in Frage gestellt. Dies obwohl bereits letztes Jahr klar war, dass das Dach einen kalten Winter nicht überstehen würde und womöglich undicht ist. Seit letztem Jahr liegt der Gemeinde aber ein Konzept vor und der Bedarf für die Renovation ist so nochmals ausgewiesen. Dennoch möchte die Fiko das Dach ablehnen. Für uns ist das unverständlich. Das Jugs ist ein Mehrwert für die Gemeinde. Es ist ein konsumzwangsfreier Treffpunkt für Jugendliche. Ort für Musikproben und wichtiger Freiraum für die Jugend und soll auch von uns wertgeschätzt werden. Es ist etwas Bestehendes, was wir uns schon lange nicht mehr leisten und ich finde es wäre an der Zeit. Er trägt zur Standortattraktivität von Obersiggenthal bei und vor allem auch zur Integration der Jugendlichen. Noch ein Jahr zu warten und zu hoffen, dass das Dach den Winter übersteht, finden wir vermessen. Die SP lehnt den Antrag ab.

Erich Schmid: Stürzt das Dach zusammen? Haben wir ein Tragsicherheitsproblem? Wenn das so ist, dann machen wir zu und zwar per sofort. Dass das Dach einstürzt, höre ich zum ersten Mal von dir. Wenn wir einen Einsturz verhindern können, dann machen wir das wieder zu. Dann müssen wir nicht über die Eigentümerhaftung reden, wo eventuell etwas passieren könnte.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es regnet nicht einfach rein. Das Material wird feucht. Es wird grünlich, es wird morsch und es gibt Schimmelpilz. Und wenn wir es nicht flicken, wird es jedes Jahr schlimmer.

Erich Schmid: Es ist also noch nicht einsturzgefährdet?

Peter Stucki, Gemeinderat: Nein, noch nicht.

Daniel Jenni: Möchte sich sonst noch jemand dazu äussern? Wenn das nicht der Fall ist, dann stimmen wir über den Antrag der Fiko ab.

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 5440.3144.00 Abteilung Jugendschutz und Unterhalt Hochbauten. Das Konto ist um CHF 54'200 zu reduzieren (von alt CHF 56'400 auf neu CHF 2'200). Der Antrag der Fiko mit 21 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen mit 2 Enthaltungen zugestimmt.

Daniel Jenni: Somit wird das Konto reduziert auf CHF 2'200. Jetzt zum Leitsystem.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es handelt sich um die Siemens Room Light System. Insgesamt CHF 47'000 sind all die elektrischen Steuerungen und nicht die Signale gemeint.

Jacqueline Magni: Die Pensumerhöhung von der Schulsozialarbeit stimmen wir jetzt ab oder nachher?

Daniel Jenni: Wir machen es später im Stellenplan.

Anton Marjakaj: Antrag Fiko Konto 2170.5040.32 Videoüberwachung Schulanlagen. Investition über CHF 93'000 für die Videoüberwachung Schulanlagen ist zu streichen/verschieben. Begründung: Nebst der Videoüberwachungsinstallation bei den Schulanlagen, stehen in Obersiggenthal noch weitere an. Aktuell ist es ein offenes Geheimnis, dass die Videoüberwachung bei den Schulanlagen teilweise nicht funktioniert. Trotzdem sind wir überzeugt und erachten es als sinnvoller, wenn dazu ein einheitliches Konzept für alle in Betracht kommenden Installationsstandorte erarbeitet wird. Dort soll namentlich auch geprüft werden, ob es Anpassungen an den rechtlichen Grundlagen braucht, z. Bsp. Datenschutz. Gemäss aktuellen Informationen konnten diese rechtlichen Grundlagen und das Konzept noch nicht vollständig ausgearbeitet werden und es bedarf noch Zeit. Aus diesen Gründen stellt die Finanzkommission den Antrag, diese Investition zu verschieben, respektive zu streichen. Die gesamte Investition und allfällige Reglementanpassungen sollen nach der Erstellung des Konzeptes dem Einwohnerrat mit einer Vorlage vorgelegt werden.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist mit dem Antrag der Fiko einverstanden.

Daniel Jenni: Gibt es noch ein Votum?

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 2170.5040.32 Videoüberwachung Schulanlagen. Investition über CHF 93'000 für die Videoüberwachung Schulanlagen ist zu Streichen/Verschieben. Der Antrag der Fiko mit 39 Ja-Stimmen und mit 1 Enthaltung zugestimmt.

Ulrich Meier: Die Fiko hat einen Antrag. Konto 3410.5040.15 Sicherheitsmassnahmen resp. Werkigentümergehäufung. Der in der Investitionsrechnung beantragte Baukredit über CHF 140'000 für notwendige Sicherheitsmassnahmen in der Sporthalle (Werkigentümergehäufung) ist zu streichen resp. zu verschieben. Begründung: Anlässlich von Abklärungen betreffend der Werkigentümergehäufung, oder auch Zustand der Liegenschaften, sind in praktisch allen gemeindeeigenen Liegenschaften diverse Mängel festgestellt worden. Diese Mängel müssen nun in absehbarer Zeit behoben werden. Das ist gar keine Diskussion. Der Gemeinderat schlägt vor, dass zuerst die nötigen Massnahmen nur in der Sporthalle für CHF 144'000 gemacht werden sollen. Gemäss unseren Unterlagen sind das Geländer innen und aussen zu ersetzen oder

nachzurüsten. Handläufe fehlen oder nachrüsten für rund CHF 130'000 und Tribüengeländer ersetzen, weil diese völlig unsicher sind, für ca. CHF 13'500. Sehr ähnliche Massnahmen sind aber auch für den Kindergarten Kirchdorf, Schulhaus Unterboden, Schulhaus und Turnhalle OSOS und Gemeindesaal vorgesehen. Gemäss unseren Unterlagen werden sich diese Kosten für die Behebung der Sicherheitsmängel auf Total rund CHF 370'000 belaufen. Also 2,5 bis 3-Mal mehr, als die CHF 144'000. Die Fiko erachtet es angesichts diesem Betrag als sinnvoller, dem Einwohnerrat eine Gesamtvorlage über alle Massnahmen zum Thema Werkeigentümerhaftung zu unterbreiten. Wir sind auch der Ansicht, dass dabei allenfalls auch gewisse Synergieeffekte und Kosteneinsparungen entstehen würden.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es ist richtig, es fehlen noch andere Absturzsicherungen. Aber wir haben auch ein Liegenschaftskonzept. Und um zu vermeiden, eine Absturzsicherung zu installieren, nur weil wir eine Absturzsicherung möchten und das in drei Jahren, wenn wir dann dort grössere Massnahmen treffen müssen wie z. Bsp. in Unterboden, dass wir es dann nicht wieder abreißen. Um das zu verhindern, wollten wir dort, was am dringlichsten und am offensichtlichsten ist, jetzt machen wollten und das ist in der Sporthalle. Dort haben wir Massen von Leuten, welche sich dort aufhalten. Diese sind emotional geladen, wenn es um Sport geht. Dort denken wir, ist die Gefahr am höchsten. Dort haben wir auch nicht in absehbarer Zeit nicht vor etwas zu machen, wenn das Dach hält. Dort haben wir es für sinnvoll erachtet, so rasch als möglich Absturzsicherungen in diesem Gebäude vorzunehmen. Bei den anderen, dann wenn wir ein Liegenschaftskonzept haben und wissen, wo es sich lohnt das separat zu bauen und wo es sich lohnt zu kombinieren. Darum haben wir nur das.

Daniel Jenni: Gibt es ein Votum? Wenn das nicht der Fall ist, dann gehen wir zur Abstimmung über.

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 3410.5040.15 Sicherheitsmassnahmen resp. Werkeigentümerhaftung. Der in der Investitionsrechnung beantragte Budgetkredit über CHF 144'000 für notwendige Sicherheitsmassnahmen in der Sporthalle (Werkeigentümerhaftung) ist zu streichen resp. zu verschieben.

Der Antrag der Fiko mit 20 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen zugestimmt.

Daniel Jenni: Die CHF 144'000 werden gestrichen. Wir sind auf der Seite 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98. Kreditkontrolle müssen wir nichts machen. Wir kommen zum Stellenplan. Beim Stellenplan haben wir die Pensen von 59.30 auf 59.85 zu erhöhen und zwar das Stellenpensum der Schulsozialarbeit.

Christian Keller, Gemeinderat: Ich ergreife die Gelegenheit und sage noch etwas dazu. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Wirksamkeit der Schulsozialarbeit massiv unterschätzt wird. Zusätzliche Stellenprozente, gerade hier in Obersiggenthal, wären eine sinnvolle Investition in unsere Jugend. Hohen Return on invest für die Zukunft. Der Satz steht im Vorwort vom Jahresbericht vom Jugendnetz. Geschrieben hat ihn Bruno Glettig, Gesamtschulleiter, der Schule Obersiggenthal. Er hat sich dementsprechend dazu geäußert. Unsere Sozialarbeit ist seit Jahren unterdotiert. Wenn Ihr die Unterlagen studiert habt, dann haben sie es dort drin gefunden. Wir versuchen seit Jahren die Situation der Schulsozialarbeit zu verbessern. Und es wurde wieder beim Einwohnerrat, bei der Budgetdebatte, herausgestrichen. Warum benötigen wir überhaupt eine Schulsozialarbeit? Ich sehe dazu drei Gründe; 1. Die Schulsozialarbeit sorgt für Ruhe und gutes Arbeitsklima, so dass man die Konflikte aus den Schulzimmern herausnimmt. Es geht darum auch um die Früherkennung zu haben, damit man merkt wo entwickeln sich besonders schwierige Fälle, dass man solche Kinder rechtzeitig herausnehmen und in eine gute Begleitung geben kann. Und 3. geht es um personelle Fragen, aus Sicht vom Gemeinderat ist das für uns besonders wichtig. Es geht um Mitarbeiter Gesundheit, es geht auch

um die Frage der Fluktuation. Das kann hohe Kosten verursachen. Wir haben in der Schulsozialarbeit Fluktuation gehabt. Wir haben auch einen längeren krankheitsbedingten Ausfall gehabt. Auch das verursacht Kosten. Wenn wir auf die kantonale Empfehlung kommen, beträgt es bei 300 Schülern ein 100% Pensum. Wenn wir nach dem gehen würden, müssten wir die Schulsozialarbeit um 95% aufstocken. Das haben wir schon gesehen, das wird schwierig. Der Gemeinderat hat darum entschieden, dass wir aus der Jugendarbeit 40% in die Schulsozialarbeit verlegen. Wir bauen die Jugendarbeit 40% ab und können die Situation in der Schulsozialarbeit verbessern. Wir möchten aber eigentlich mehr auf ein gutes Niveau damit kommen. Künftig auch präventive Arbeit in der Schulsozialarbeit überhaupt möglich wird. Unser Votum ist wieder ein Zitat: Gegen einen optimalen Einsatz von Ressourcen ist nichts einzuwenden aber wenn Anspruch und Machbarkeit, wenn die personellen Ressourcen von der Schulsozialarbeit und deren Aufgabenfülle nicht übereinstimmen, kann von einer Optimierung nicht die Rede sein. Sie führt zu einer Überlastung des Systems. Und einer teuren Ineffizienz. Ich bitte euch dringend dem Antrag, um Erhöhung des Stellenpensums in der Schulsozialarbeit zu zustimmen. Im Interesse der Schule, im Interesse von den Schülerinnen, Schüler, im Interesse auch von der Gemeinde Obersiggenthal. Weil das ist eine Investition in die Qualität unserer Schule und damit auch von der Qualität unserer Gemeinde. Dankeschön.

Daniel Meier: Der Vorschlag von der Erhöhung des Stellenprozent um 55% wird abgelehnt und die Gesamtsumme soll unverändert bei 59.30% belassen werden. Im Budget 2021 wird in der Abteilung Schulsozialarbeit eine Erhöhung vom Stellenpensum für 55% für Schulsozialarbeit beantragt. Es liegt ein Antrag vor, welcher aufzeigt, wie die Situation zum jetzigen Zeitpunkt ist und wie die Erhöhung des Pensums eingesetzt werden soll. Die Erhöhung soll vor allem für Präventionsarbeit in der Schule eingesetzt werden. Das ist auch für die Fiko nachvollziehbar. Der Nutzen und die Notwendigkeit für das Stellenpensum ist nachvollziehbar aber es liegen jährliche Mehrkosten, es sind aus der Sicht der Fiko, von diesem Hintergrund und der aktuellen finanziellen Lage, liegen einfach nicht drin. Darum stellt die Fiko den Antrag das Stellenpensum nicht zu erheben.

Jacqueline Magni: Ich arbeite in einem Sonderschulheim. Also Kinder im Alter von 7-16 Jahre, welche an der öffentlichen Schulen nicht tragbar sind, kommen zu uns ins Heim zur Sonderschule. Grundsätzlich werden automatisch bei all diesen Kindern eine IV Anmeldung vorgenommen, weil der grösste Teil oder fast alle Jugendliche können keine ordentliche Lehre machen. Wenn EBA möglich ist, dann ist das schon sehr viel. Habe gerade eine 24-Stundendienst hinter mir mit ganz vielen Diskussionen, in dem es darum ging die Jugendliche so aufzubauen und zu fördern, dass sie diese zwei Tage Arbeitspraktikum schaffen. Und wenn wir das in Betracht ziehen, dann macht das absolut Sinn, dass wir nicht in eine Schulsozialarbeit investieren ohne Folgekosten, die daraus sich ergeben. Diese sind teurer als die Pensumerhöhung, welche man beantragen möchte. Es ist mein daily Business diese Kinder zu fördern, zu begleiten, so dass sie nachher wieder lebensfähig sind und zurück in die Gesellschaft können. Darum bitte ich Sie wirklich, die Stellenpensumerhöhung zu bewilligen.

Andreas Baumgartner: In unserer Fraktionssitzung haben wir die Pensumerhöhung sehr ausgiebig diskutiert. Wimi Wittwer war bei uns an der Fraktionssitzung mit dabei. Er konnte unsere Fragen beantworten und erklären. Die CVP-Fraktion sieht ganz klar den Nutzen und die Notwendigkeit von der Schulsozialarbeit, das ist ausser Frage. Wir sehen, dass das Stellenpensum unterdotiert ist und dass deswegen vor allem die Präventionsarbeit viel zu kurz kommt. Leider ist es so, dass die Wirkung der Schulsozialarbeit nicht mit Zahlen messen und belegen lässt. Es ist immer ein Ermessensbereich bei ihnen. Wir können das schwer beurteilen. Ich glaube es ist niemand mehr von der Feuerwehr hier, die Feuerwehrvertretung ist nicht mehr hier. Ich finde momentan ist es so, dass die Schulsozialarbeit nach dem Prinzip der Feuerwehr funktioniert. Dort wo es brennt, muss man sofort löschen. Sinnvoller wäre es durch geeignete Massnahmen dafür zu sorgen, dass möglichst wenig Brand entsteht und dass diese rechtzeitig, niederschwellig, angegangen werden. Aber dazu fehlt aktuell die Kapazität. In Obersiggenthal kommt erschwerend dazu, dass die Schülerzahl relativ gross ist, welche betreut werden müssen und dass die Standorte sehr dezentral sind. Wir haben das Schulhaus OSOS, wir haben

das Bachmatt und wir haben das Schulhaus Kirchdorf und wir haben das Schulhaus Unterboden. Die Kindergärten werden nur in einer absoluten minimalen Betreuung von der Schulsozialarbeit betreut. Aus all diesen Gründen unterstützt ein Grossteil der CVP Fraktion diese Stellenpensumerhöhung von der Schulsozialarbeit und nimmt den Antrag an. Nachfolgend zu meinen Erfahrungen, die in diesem Zusammenhang gemacht habe. Meiner Meinung nach, ist die Schulsozialarbeit dann von grossem Nutzen, wenn sie sehr niederschwellig ist, wenn sie nah ist. Dann kann das Problem angegangen werden, bevor es zu einem Brand entwickelt und die Flammen um sich greifen. Dazu gehört auch eine gute Präventionsarbeit. Wie gesagt, diese kann aktuell aus Kapazitätsgründen nicht stattfinden. Es liegt eigentlich ein Präventionskonzept in der Schublade. Es wurde einmal erarbeitet. Es kam jedoch noch gar nicht zum Zug. Die Umsetzung scheitert eben aus Kapazitätsgründen. Mit einer Erhöhung vom Stellenpensum kann sicher ein Teil in die Präventionsarbeit fliessen, was meiner Meinung nach, sinnvoll ist. Als Lehrperson habe ich persönlich in meiner Schultätigkeit wenige solcher Fälle gehabt, bei der ich auf die Schulsozialarbeit angewiesen war. Beim Kollegium weiss ich, dass das je nach Klasse ganz unterschiedlich sein kann. In denen Fällen, wo es eine Schulsozialarbeit benötigt wird, da war ich sehr froh um die Unterstützung. Die Schulsozialarbeit kann mit ihrem Fachwissen und vor allem mit einem völlig anderen Zugang zu den Schülerinnen und Schülern, als ich das als Lehrperson kann, weil ich sie auch bewerten und beurteilen muss. Sie haben wirklich einen anderen Zugang. Dann kann das sehr viel dazu beitragen, solch eine Situation sinnvoll anzugehen und das Problem auch zu entschärfen auf diesem Weg. Die Schulsozialarbeit beschränkt sich ja nicht nur auf den engen Schulbereich, sondern sie unterstützt Schülerinnen und Schüler, Jugendliche, deren Eltern und auch uns Lehrpersonen beratend. Und eine gut funktionierende Schulsozialarbeit kann mittelfristig Kosten einsparen. Das wurde vorher bereits gesagt. Wenn dank einem gut ausgebauten Schulsozialarbeit gelingt, Fremdplatzierungen zu verhindern, dann ist das gut investiertes Geld. Weil das ist sehr kostspielig. Eine gut funktionierende Schulsozialarbeit kann auch wesentlich zu einem guten Schulhaus und Schulklima beitragen. Das wiederum erhöht Arbeitszufriedenheit von allen Beteiligten, nicht nur Lehrpersonen, auch die Hauswarte etc. alle die am Schulbetrieb beteiligt sind. Es gibt dann Stellenwechsel und die Stellen können einfacher besetzt werden. Gut funktionierende Schulsozialarbeit kann Lehrpersonen in Problemsituationen entlasten und diese können sich dann vermehrt ihrem Kerngeschäft, nämlich dem Unterricht, zu wenden. Aus dem Grund unterstütze ich persönlich auch die Pensumerhöhung.

Carol Demarmels: Ich habe Verständnis dafür, dass wir alle das Budget nicht noch mehr belasten möchten. Hier ist es aber definitiv der falsche Ort um zu sparen. Was Schulsozialarbeit bedeutet, darüber konnten wir uns in der Vorlage und der dazu gehörigen Aktenuflage ein Bild machen und unseren langjährige Leitung Wimi Wittwer konnten wohl die Wenigen welche ihn nicht ohnehin kennen, in der vorletzten Rundschau ein Bild machen. Hier steht im Untertitel: Wimi Wittwer gehört zu den Menschen, die das Glas grundsätzlich halbvoll sehen. Und genau dieser Mensch sagt uns jetzt, dass die vorhandenen Stellenprozente bei weitem nicht reichen und dies hat er auch schon vor 5 Jahren gesagt, leider erfolglos. Eigentlich sollte alleine dies und das Vertrauen in eine Person welche seit 15 Jahren in Obersiggenthal gute Arbeit leistet schon genug Begründung sein, dem zuzustimmen. Argumente liefert er in der Vorlage genug, insbesondere zeigt er die Unterbesetzung im Vergleich zu anderen Gemeinden und der Empfehlung des Kantons und des SSAV. Unterstützt wird sein Anliegen auch durch den ZHAW Bericht, welcher 2013 die Situation der SSA in OS untersucht hat und eine Stellenprozentenerhöhung empfahl. Blättern wir in der besagten Rundschau nur eine Seite weiter, so finden wir einen Artikel über die Schulsozialarbeit in Ehrendingen und ihr neues Präventionskonzept. Wir lesen da: Mit Schulbeginn wurde ein neues Präventionskonzept eingeführt, das Kinder, Lehrpersonen und Eltern gleichermaßen stärken soll. Wir haben es gehört, wir haben auch ein Präventionskonzept in einer Schublade, diese kann nicht geführt werden weil keine Ressourcen vorhanden sind. Die Schülerinnen und Schüler müssen teilweise bis zu 2 Wochen auf einen Termin warten bis sie überhaupt vorsprechen können, dass Sie überhaupt ein Gespräch bekommen. Da kommt mir unweigerlich der Fall der 15-jährigen Audrey in den Sinn. Nur 9 Tage nach einem sexuellen Übergriff durch einen Mitschüler nahm sich das Mädchen das Leben. Und es war nicht so, dass sie nicht versucht hätte sich Hilfe zu holen, aber sie hatte

sie nicht erhalten. Oder auch der bekannte Fall der 13-jährige Celine aus Spreitenbach, welche sich nach Mobbingattacken das Leben nahm. Ich sage nicht, die Schulsozialarbeit ist die Lösung von all dieser Probleme, aber immerhin entnehmen wir den Unterlagen, dass sich die Schulsozialarbeit letztes Jahr 4-mal mit suizidalen Fällen beschäftigt hat. Hinzu kommen 35 Fälle in Zusammenhang mit Misshandlungen und Gewalt und 32 mit Mobbing. Gerade bei Mobbing hat sich Prävention als extrem wirksam erwiesen. Dies wird durch Studien belegt. Unsere Schulsozialarbeit wird nur im Kindergarten wenig genutzt aber eigentlich in der ganzen Primar machen sie gar nichts. Sie löschen nur Feuer, wenn es ganz, ganz dringend nötig ist. Beim Mobbing ist es wichtig, dass man es bereits in der Primarschule an. Mobbing geht schlimmstenfalls auch mit Schulversetzungen einher. Wir haben in Wettingen einen Fall von einem Kind das nach Baden geht. Das muss die Gemeinde dann zahlen, wenn man die Probleme nicht in den Griff bekommt, je nachdem sogar den Transport zahlen. Das sind CHF 10'000 jährlich für ein Kind. Übrigens hat die Schulsozialarbeiterin, welche bei uns in Obersigenthal arbeitet, konnte in der Gemeinde, wo sie vorher arbeitete, einen sexuelle Nötigung eines Lehrers gegenüber drei Schülerinnen aufdecken, sie hat die Kinder schon vom Primaralter gekannt. Die Schülerinnen hatten sich ihr, nicht den Eltern, und nur ihr gegenüber geöffnet ganz niederschwellig, weil sie die drei schon kannte von Pausengesprächen, seit der Primar. Der Mann war im Gefängnis. Es ist keine Lappalie. Damit das möglich ist, müssen die Schulsozialarbeiter Zeit haben und niederschwellig da sein und die Kinder kennen lernen. Wir haben es auch im Bericht gelesen, dass die Schulsozialarbeit von einem Schulhaus zum anderen hetzt. Wir haben es ganz speziell mit ganz vielen Schulhäusern. So geht das nicht. Das ist auch belastend. Eine Stellenneubesetzung ist mit ca. 100 Stunden Arbeitsaufwand verbunden. Das belegt die Zeiterfassung der Schulsozialarbeit. Krankheitsfälle müssen durch Stellvertretungen finanziert werden. Die Taggeldversicherung greift da erst nach 6 Monaten. Die geschätzten Kosten inkl. Case Management belaufen sich da auch auf rund CHF 30'000. Burnout Kosten sind da nicht dabei. Hinzu kommt, dass fehlende Schulsozialarbeiter Kapazitäten unweigerlich durch Klassenlehrpersonen abgedeckt werden müssen. Die Klassenlehrpersonen sind nicht dafür ausgebildet, sie haben schon genug Belastung. Ich finde, das ist eine Zumutung. Alles in allem eine Ablehnung der Stellenprozentenerhöhung ist weder weitsichtig noch nachhaltig. Wenn man das ablehnt, dann machen wir einen Fehler. Leidtragende sind unsere Kinder, unsere Schülerinnen und Schüler, unsere Lehrpersonen und unsere gesamte Gesellschaft. In dem Sinn bitte ich euch inständig dem Antrag zuzustimmen.

Marcel Müller: Wo sind die Eltern? Diese werden gar nie erwähnt. Wenn meine Mädchen gemobbt worden wären, was zum Glück nicht der Fall gewesen ist, aber es hätte ja sein können. Ich hätte mal mit den Eltern gesprochen, von Eltern zu Eltern. Die Eltern sind total aussen. Existieren die oder nicht? Der Staat, wir stellen jemanden ein, mit einer Stelle. Die Psychologen, Schulsozialarbeiter erledigen sicher einen guten Job, aber wir reden doch zuerst von Eltern zu Eltern. Immer mit staatlichen Stellen alles zu regeln, verstehe ich auch nicht.

Urs Müller: Ich war dabei, als die Schulsozialarbeit bei der Schule eingeführt wurde, ich war der in der Schulleitung. Wir haben dort schon zu wenig Prozent gehabt für die Prävention. Und das was die Eltern machen, das haben sie gerade in den letzten Monaten in der Corona-Zeit gezeigt. Das weist eine Studie in Zug aus. Viele Eltern haben gesagt „ist das heikel“ oder „schwierig“ wenn meine Kinder zu Hause sind. Und das müsst Ihr mal 25 rechnen oder mal 12, wenn es zwei Kinder sind. Die Belastung ist wirklich so, dass Lehrpersonen froh sind, wenn sie gewisse Sachen der Schulsozialarbeit abgeben können.

Abstimmung

Antrag Fiko: Die vorgeschlagene Erhöhung der Stellenprozente um 0.55% wird abgelehnt und die Gesamtsumme soll unverändert bei 59.30% bleiben.

Dieser Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen mit 1 Enthaltung abgelehnt.

Daniel Jenni: Wir haben noch eine Lohnanpassung von zusätzlichen 0.4% strukturell. Gibt es da Diskussionswunsch? Wenn das nicht der Fall ist, gehen wir zum Steuerfuss. Der Gemeinderat beantragt dass der Steuerfuss von 105% auf 110% Prozent erhoben werden soll. Gibt das da Diskussionswunsch? Wenn das nicht Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Antrag Gemeinderat: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat das Budget 2021 (inkl. Spezialfinanzierung Wasser-, Abwasserfinanzierung, Abfall) mit einer Steuerfusserhöhung von 105% auf 110% zu bewilligen. Die Summen der Stellenprozente gemäss Stellenplan ist zu genehmigen und für die Eigenwirtschaftsbetriebe, Spezialfinanzierung der Beibehaltung der Benützungsgebühren pro Kubikmeter gemäss Wasserverbrauch, das sind zurzeit CHF 2 pro Kubikmeter bei Wasser, der Beibehaltung der Nutzungsgebühren pro Kubikmeter gemäss dem Wasserverbrauch bei Abwasserbeseitigung von CHF 2.10 pro Kubikmeter und der Beibehaltung der Kehrrechtgebühren zuzustimmen.

Der Antrag vom Gemeinderat wird mit 33 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen angenommen.

8 2020.24 Termine 2021

Eintreten wird nicht bestritten.

Daniel Jenni: Zu den Sitzungsdaten, gibt es zu den Daten Änderungswünsche? Gibt es Zusatzvorschläge?

Das Wort wird nicht verlangt. Somit sind die Termine 2021 genehmigt.

9 2020.25 Umfrage

André Kummer: Ich bin mir nicht sicher ob ich das schon einmal gefragt habe. Muss sich die Gemeinde Obersiggenthal an den mehreren Millionendefizit pro Jahr der Limmattalbahn in Zukunft beteiligen?

Linus Egger, Vizeammann: Das wäre ganz etwas Neues. Nein, wir zahlen nichts an die Limmattalbahn.

André Kummer: Dann habe ich noch etwas, was pendent ist. Ich habe mal eine Anfrage gemacht betreffend Fall Pedrazzi, ist der Fall nun abgeschlossen oder noch pendent? Das letzte Mal als ich gefragt habe, war er noch pendent. Es ist darum gegangen, ob die Gemeinde eine Abfindung zahlen muss oder nicht?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es handelt sich um einen offenen Fall.

Kim Grab: Ich habe noch etwas zu den Kenntnisnahmen. Ich weiss nicht ob das am richtigen Ort angebracht ist, aber ich habe das Gefühl, dass die Grafiken auf den PowerPoint-Präsentationen immer kleiner werden. Da hinter steckt noch eine gewisse Arbeit, die auf diesen Folien zusammen gestellt werden und meine Bemerkung wäre, dass man da ein Auge darauflegt, dass die Grösse wie auf dem Budget von Linus ist. Es ist doch schade um die Stunden, die für diese Grafiken investiert worden sind. Man kann sie nicht erkennen.

Carol Demarmels: Ich fände es grundsätzlich toll, wenn man alle Folien digital zugeschickt bekommen würden, welche gezeigt werden. Jetzt z. B. die Folien von der Kosteneinschätzung vom Schulhaus haben wir genau in der Fraktionssitzung darüber geredet und wir haben sie alle nicht gehabt. Ich fände es schön, wenn wir diese digital erhalten, wenn das möglich ist.

Daniel Jenni: Wir haben es aufgenommen, aber wenn es von gestern auf heute Veränderungen gibt, wird das schwierig.

Carol Demarmels: Das ist klar. Ich habe es jetzt mehr bei den Präsentationen gemeint. Manchmal erhalten wir sie in Papierform oder nachträglich.

Daniel Jenni: Jene die die Präsentationen erstellen, machen diese auch relativ Zeitknapp. Wir haben es aufgenommen, dass wenn es geht, kann man das versuchen, und wenn es nicht geht, geht es nicht.

Marcel Müller: Ich habe noch ein Thema, welches unschön ist. Es betrifft unsere Partei. Es ist auch für das Protokoll, allenfalls auch für die Presse. Leider wurden alle SVP Plakate zur Begrenzungsinitiative auf dem Gemeindegebiet Obersiggenthal von einer noch unbekanntes Täterschaft komplett zerstört. Es fällt dabei leider auf, dass dies nur in Obersiggenthal, nicht in den Nachbargemeinden geschehen ist. Eine Wohngemeinde zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Meinungsvielfalt zulässt und respektiert. Solch zerstörte Plakate dürften allfällig mögliche Zuzüger abschrecken und sind mit Sicherheit kein Zeichen von Standortqualität. In Obersiggenthal scheint es leider eine militante Täterschaft zu geben. Diese Täterschaft scheint am politischen Diskurs keinerlei Interesse zu haben, denn sie zeigt weder Anstand noch Respekt gegenüber der Meinungsvielfalt, der Meinungsfreiheit und der gelebten direkten Demokratie. Sie zerstören mit physischer Gewalt und fühlen sich dabei wohl als bessere Menschen. Selbstverständlich hat die SVP Obersiggenthal sofort eine Strafanzeige eingereicht. Sollte die Täterschaft oder Teile davon, ermittelt werden können, jetzt und in Zukunft, wird die SVP Obersiggenthal alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel einsetzen.

Daniel Jenni: Sonst noch jemand? Wenn das nicht der Fall ist, beenden wir die Sitzung um 23.30 Uhr.

Der Präsident:

Daniel Jenni

Die Protokollführerin:

Romana Hächler